



2011	2012	2013	2014	2015	2016	2017
------	-------------	------	------	------	------	------

Bild: Martin Vogel

Geschäftsbericht 2012

Sozialdepartement

Inhaltsverzeichnis Geschäftsbericht Sozialdepartement

1.	Vorwort	393
2.	Legislaturziele und Jahresschwerpunkte	394
3.	Kennzahlen Sozialdepartement	396
4.	Zentrale Verwaltung, Dienstabteilungen	397
4.1	Zentrale Verwaltung	397
4.1.1	Aufgaben	397
4.1.2	Jahresschwerpunkte	397
4.1.3	Spezifische Kennzahlen	398
4.2	Support Sozialdepartement	399
4.2.1	Aufgaben	399
4.2.2	Jahresschwerpunkte	399
4.2.3	Spezifische Kennzahlen	400
4.3	Laufbahnzentrum	401
4.3.1	Aufgaben	401
4.3.2	Jahresschwerpunkte	401
4.3.3	Spezifische Kennzahlen	402
4.4	Amt für Zusatzleistungen zur AHV/IV	404
4.4.1	Aufgaben	404
4.4.2	Jahresschwerpunkte	404
4.4.3	Spezifische Kennzahlen	405
4.4.4	Spezifische Kennzahlen öffentliche Pflegebeiträge	407
4.5	Soziale Dienste	407
4.5.1	Aufgaben	407
4.5.2	Jahresschwerpunkte	407
4.5.3	Spezifische Kennzahlen zur wirtschaftlichen Hilfe nach Sozialhilfegesetz (SHG)	409
4.5.4	Spezifische Kennzahlen zur persönlichen Hilfe nach SHG	413
4.5.5	Spezifische Kennzahlen zur Jugend- und Familienhilfe	413
4.5.6	Spezifische Kennzahlen zu den zivilrechtlichen Erwachsenen- und Kinderschutz-Massnahmen	415
4.5.7	Spezifische Kennzahlen zu Soziokultur und Gemeinwesenentwicklung	416
4.6	Soziale Einrichtungen und Betriebe	417
4.6.1	Aufgaben	417
4.6.2	Jahresschwerpunkte	417
4.6.3	Spezifische Kennzahlen	419
5.	Parlamentarische Vorstösse	422

1. Vorwort



Martin Waser. (Bild: Niklaus Spörr)

«Soziokultur ist der Kitt unserer wachsenden Stadt»

Das grosse politische Thema des Sozialdepartements im Jahr 2012 war die Soziokultur. In unserer wachsenden Stadt spielen Einrichtungen wie Quartiertreffs und Gemeinschaftszentren eine wichtige Rolle: Mit ihrem auf das Quartier abgestimmten Angebot führen sie Menschen zusammen und fördern das Zusammenleben und die Teilhabe an der Gesellschaft.

Die auf Anfang 2013 fällige Erneuerung der Leistungsvereinbarungen haben wir zum Anlass für zahlreiche Verbesserungen genommen. Insbesondere erhielt der Gemeinderat mehr Mitsprache, indem wir ihm auch die Angebote, die zuvor über eine dauernde Rechtsgrundlage verfügt hatten, wieder zum Entscheid vorlegten. In den Jahren zuvor konnte der Gemeinderat über diese Angebote nur im Rahmen des Budgets befinden, was eine inhaltliche Auseinandersetzung erschwerte. Das soziokulturelle Angebot ist für die Bevölkerung sehr

wichtig. Es ist ein Fortschritt, dass der Gemeinderat nun bezüglich aller grossen Angebote wieder eine gestaltende Rolle spielen kann. Dass er den Mitteln für die nächsten sechs Jahre grossmehrheitlich zugestimmt hat, zeigt die starke Verwurzelung der Soziokultur.

Wichtige Entwicklungen fanden 2012 in der Prostitutionspolitik statt. Aus Sicht des Sozialdepartements war insbesondere die Zustimmung der Bevölkerung zum Strichplatz ein grosser Erfolg. Mit dem Strichplatz will der Stadtrat die unhaltbaren Zustände am Sihlquai beenden und die Strassenprostitution in einen kontrollierten Rahmen überführen. Auch mit anderen Elementen werden die Polizei, der Sozialbereich und das Gesundheitswesen in enger Zusammenarbeit versuchen, die Prostitutionspolitik voranzutreiben, um das Ziel eines in stadtverträglicher Weise und unter Achtung der Menschenwürde ausgeübten Prostitutionsgewerbes zu erreichen. Klar ist, dass es keine simplen Lösungen gibt: Es braucht die Zusammenarbeit aller Beteiligten und den Mut zu innovativen Lösungen.

Eine Erfolgsgeschichte schliesslich war das erste Betriebsjahr der Anlaufstelle für Vermieter, die wir Ende 2011 eingerichtet hatten. Die Zahlen zeigen, dass das Angebot genutzt wird und die Stelle einen wichtigen Beitrag leistet, damit Kündigungen vermieden und Wohnraum für sozial Benachteiligte gesichert werden können. Diese Anlaufstelle zeigt exemplarisch, dass soziale Angebote einen viel umfassenderen Beitrag zum Zusammenleben in unserer Stadt leisten, als man meinen könnte.

Stadtrat Martin Waser
Vorsteher Sozialdepartement

2. Legislaturziele und Jahresschwerpunkte

Antrag zur Ausgliederung des Werk- und Wohnhauses zur Weid

Das Werk- und Wohnhaus zur Weid (WWW) in Mettmenstetten ist ein Wohnheim mit geschützten Arbeitsplätzen für erwachsene, sozial desintegrierte Menschen mit Suchtproblemen, psychischen Erkrankungen und krankheits- und unfallbedingten Behinderungen. Diese gut positionierte Einrichtung besteht seit 1912 und wurde sowohl konzeptionell als auch baulich laufend dem sich ändernden Bedarf angepasst.

Der Stadtrat hat am 31. Oktober dem Gemeinderat beantragt, das WWW aus der Stadtverwaltung auszugliedern und in eine privatrechtliche Stiftung überzuführen, die durch die Stadt errichtet wird. Das WWW ist heute sehr gut aufgestellt; die Ausgliederung soll dem WWW eine zukunftssträchtige Weiterentwicklung sichern und durch die damit gewonnene Flexibilität seine Position im Wettbewerb mit andern Anbietern festigen. Die künftige Stiftung soll ein Stiftungskapital von 10 Mio. Fr. und ein verzinsliches Darlehen von 5 Mio. Fr. erhalten. Zudem sollen der Stiftung die Gebäude via Baurechte und die landwirtschaftlichen Grundstücke via Nutzniessungsrechte für 92 Jahre gegen angemessene Abgeltungen überlassen werden.

Die Gründe für die Ausgliederung des WWW sind die folgenden:

Mit dem neuen Finanzausgleich zwischen Bund und Kantonen wurde die Finanzierung von Betriebsbeiträgen an die Kantone übertragen. Es ist davon auszugehen, dass in diesem Zusammenhang die Betriebsbeiträge vereinheitlicht bzw. pauschalisiert werden, womit Einrichtungen wie das WWW unter zunehmenden Wettbewerbs- und Kostendruck kommen. Durch die Einbindung in die Stadtverwaltung ist das WWW im Wettbewerb benachteiligt. Der Handlungsspielraum und die betriebliche Flexibilität sind durch die grosse Regulierungsdichte eingeschränkt. Zudem hat das WWW durch den Pflichtbezug von Querschnittsleistungen, z. B. in den Bereichen Raumbewirtschaftung, Finanzen, IT und Personal, im Vergleich zu den Konkurrenten höhere Kosten zu tragen. Erheblich ist auch, dass der Anteil von Bewohnerinnen und Bewohnern aus der Stadt in den letzten Jahren abgenommen hat und 2011 noch bei 35 % lag. Für die Versorgung mit Wohnheimplätzen ist es aus strategischer Sicht nicht nötig, dass die Stadt selber ein Wohnheim führt. Nebst dem WWW stehen den zuweisenden Stellen mit dem Schloss Herdern (Nähe Frauenfeld) und dem Murmoos (Gemeinde Muri) auch zwei Alternativen mit vergleichbarem Angebot zur Verfügung.

Die Vorlage zur Ausgliederung wird aktuell in der Spezialkommission des Sozialdepartements beraten.

Neue Rechtsgrundlage für die Soziokultur

Im Berichtsjahr wurden die Grundlagen zur Weiterentwicklung der städtischen Soziokultur erarbeitet und der Erneuerungsprozess erfolgreich abgeschlossen. Bis Ende Februar 2012 wurden mit 52 privaten Institutionen Verhandlungen geführt und die Leistungen für die Kontrakte ab 2013 abgesteckt. Geprüft wurde zudem, welche Gebiete durch eigene Angebote der Sozialen Dienste versorgt werden und wo private Institutionen beauftragt werden sollen. Im Zuge dieser Überprüfung wurde vorgeschlagen, dass die Quartiere 1, 4 und 5 vorwiegend durch

städtische Soziokultur-Angebote versorgt werden sollen. In allen anderen Quartieren sollen private Institutionen aktiv sein. Dementsprechend wurden die bisher städtischen Quartiertreffs Höngg und Rütihof der Stiftung Zürcher Gemeinschaftszentren übertragen, das Quartierzentrum Aussersihl aber weiterhin als städtisches Angebot betrieben. Neben diesen organisatorischen Veränderungen wurde die Jugendarbeit überprüft und neu ausgerichtet.

Die Erkenntnisse aus den Kontraktverhandlungen, den Bedarfserhebungen in den Sozialzentren und dem Auftrag Jugend wurden zusammen mit einem neuen Kostenmodell und einer einheitlichen Leistungsbeschreibung der Angebote dem Gemeinderat in einer Sammelweisung zur Soziokultur unterbreitet (GR 2012/203). Diese umfangreiche Weisung beleuchtete die soziokulturellen Schwerpunkte der einzelnen Sozialregionen und zeigte eine Übersicht über die gesamte Soziokultur in der Stadt Zürich. Die Themenbündelung dieser Weisung vereinfachte die Einarbeitung für die politischen Vertretungen und ermöglichte es dem Gemeinderat wieder, die soziokulturellen Angebote inhaltlich zu debattieren. Der im Jahr 2010 gestartete Prozess zur Weiterentwicklung der städtischen Soziokultur konnte per Ende 2012 mit einer neuen Rechtsgrundlage für die Jahre 2013 bis 2018 im Gemeinderat (GRB 3336 vom 28. November 2012) abgeschlossen werden. Mit der sechsjährigen Rechtsgrundlage ist es nun möglich, gebietsweise Kooperationskonferenzen im Rhythmus von zwei Jahren durchzuführen und nach drei Jahren zuhänden des Gemeinderats einen Zwischenbericht zur Soziokultur zu verfassen.

Umwandlung der Vormundschaftsbehörde in eine Kindes- und Erwachsenenschutzbehörde (KESB)

Das neue Kindes- und Erwachsenenschutzrecht (KESR) ersetzt ab 1. Januar 2013 das Vormundschaftsrecht aus dem Jahre 1912. Das neue Recht gewichtet den Schutz der Grundrechte, das Selbstbestimmungsrecht und die Hilfe zur Selbsthilfe der hilfsbedürftigen Personen ungleich stärker und bedingte auch die Neuorganisation der Vormundschaftsbehörde zur interdisziplinären Kindes- und Erwachsenenschutzbehörde (KESB). Im März wurden dem Gemeinderat zuhänden der Gemeinde die entsprechenden Anpassungen der Gemeindeordnung vorgelegt, wobei es sich um den zwingenden Nachvollzug übergeordneten Rechts handelt. Die Vorlage wurde vom Gemeinderat am 7. November verabschiedet; die Volksabstimmung findet am 3. März 2013 statt.

Die Vorarbeiten für die Umwandlung der Vormundschaftsbehörde in eine KESB wurden frühzeitig an die Hand genommen. Äusserst erschwerend war jedoch, dass bis Ende Juni das kantonale Einführungsgesetz zum KESR noch nicht beschlossen war und insbesondere bis dahin offen blieb, wer in der Stadt Zürich die Behördenmitglieder zu ernennen hat: Stadtrat oder Gemeinderat. Um auf den 1. Januar 2013 bereit zu sein, musste die Rekrutierung der Behördenmitglieder, für die neu rein fachliche Gesichtspunkte gelten, bei aller Unsicherheit parallel durchgeführt werden. Schliesslich entschied der Kantonsrat, dass auch in der Stadt Zürich die Ernennung durch den Stadtrat erfolgen solle. Mit der Ernennung eines neuen Präsidenten, von sechs bisherigen und zwei neuen zusätzlichen Behördenmitgliedern sowie zwei Ersatzmitgliedern

war die KESB schliesslich gut aufgestellt und zur Übernahme ihrer Aufgaben bereit.

Projekt Rotlicht

Die intensive interdepartementale Zusammenarbeit im Projekt Rotlicht wurde unvermindert fortgesetzt. Nachdem die Stimmberechtigten am 11. März dem Strichplatz am Depotweg zugestimmt hatten, galt es den Ausgang verschiedener Rechtsmittelverfahren abzuwarten. Im Herbst war es schliesslich so weit, und die Bauvorbereitungsarbeiten konnten wieder aufgenommen werden. Somit dürften die Eröffnung des Strichplatzes und die gleichzeitige Schliessung des Sihlquais für den

Strassenstrich mit über einem Jahr Verspätung im Sommer 2013 stattfinden können.

Einen weiteren Schwerpunkt der Arbeit bildete die Vorbereitung der Umsetzung der Prostitutionsgewerbeverordnung (PGVO): In engem Austausch zwischen Polizei- und Sozialdepartement wurden praxistaugliche Abläufe für die ab Januar 2013 geltenden Bewilligungsverfahren für die Strassen- und Salonprostitution und die dazu nötigen Informationsmittel entwickelt. Flora Dora, die Beratungsstelle der Sozialen Einrichtungen und Betriebe mit langjähriger Erfahrung, wird die Informations- und Beratungsgespräche mit jenen Frauen durchführen, die eine Bewilligung zur Arbeit auf der Strasse erhalten möchten.

3. Kennzahlen Sozialdepartement

	2008	2009	2010	2011	2012
Mitarbeitende total	1 924	1 969	1 970	1 988	2 010
– davon Frauen ¹	1 278	1 316	1 321	1 336	1 352
– davon Männer	646	653	649	652	658
Ø Stellenwert-Äquivalent	1 353	1 394	1 411	1 409	1 412
Führungskader total	263	247	236	237	235
– davon Frauen	138	129	121	116	116
– davon Männer	125	118	115	121	119
Lernende total	106	109	110	114	107
– davon Frauen	78	74	82	85	82
– davon Männer	28	35	28	29	25
Anstellungen mit Beschäftigungsgrad ≥ 90.00 % (Vollzeitstellen)					
Total	512	496	479	470	491
Frauen	264	250	245	239	247
Männer	248	246	234	231	244
Frauen in %	51.6	50.4	51.1	50.9	50.3
Männer in %	48.4	49.6	48.9	49.1	49.7
Anstellungen mit Beschäftigungsgrad = 50.00–89.99 % (Teilzeitstellen I)					
Total	1 149	1 210	1 228	1 236	1 230
Frauen	795	851	869	876	873
Männer	354	359	359	360	357
Frauen in %	69.2	70.3	70.8	70.9	71.0
Männer in %	30.8	29.7	29.2	29.1	29.0
Anstellungen mit Beschäftigungsgrad = 0.01–49.99 % (Teilzeitstellen II)					
Total	452	399	412	415	407
Frauen	345	308	308	311	317
Männer	107	91	104	104	90
Frauen in %	76.3	77.2	74.8	74.9	77.9
Männer in %	23.7	22.8	25.2	25.1	22.1
Personalaufwand	179 664 733	188 665 720	195 295 821	192 845 292	199 535 688
Sachaufwand	35 315 562	34 811 011	32 821 711	28 827 038	28 857 478
übriger Aufwand	870 785 085	900 299 562	962 037 993	1 078 163 494	1 070 084 223
Total Aufwand	1 085 765 380	1 123 776 293	1 190 155 525	1 299 835 824	1 298 477 389
Bruttoinvestitionen	253 982	375 000	435 800	11 500	5 900

Definitionen:

In den jeweiligen Zahlen sind diejenigen Mitarbeitendenkreise berücksichtigt, die in den gesamtstädtischen Personalkennzahlen im Stadtratsteil genannt sind. Es werden alle Mitarbeitenden mit aktiver Anstellung im Dezember gezählt. Mehrfachanstellungen werden einzeln mit dem entsprechenden Beschäftigungsgrad ausgewiesen.

¹ Die Anzahl Frauen für das Jahr 2011 wurde korrigiert.

4. Zentrale Verwaltung, Dienstabteilungen

4.1 Zentrale Verwaltung

4.1.1 Aufgaben

Die Zentrale Verwaltung leistet zur Hauptsache Führungsunterstützung und koordiniert Geschäfte, die von politisch-strategischer Bedeutung sind und den Zuständigkeitsbereich einzelner Dienstabteilungen überschreiten. Dazu gehören insbesondere sämtliche Stadtrats- und Gemeinderatsgeschäfte, übergeordnete Rechts- und Finanzfragen, die Budgetkoordination, das Controlling und die Ausrichtung von Beiträgen an die privaten Leistungsanbieter sowie die Planung der Informations- und Öffentlichkeitsarbeit.

4.1.2 Jahresschwerpunkte

Ausserfamiliäre Kinderbetreuung im Vorschulalter

Im Berichtsjahr wurden in der Stadt Zürich über 570 neue Betreuungsplätze in 247 bestehenden und 21 neuen Kitas geschaffen. Mehr als jedes zweite Kind im Vorschulalter wird ausserfamiliär betreut. Die Betreuungsquote hat sich trotz des Zuwachses bei den in Zürich wohnhaften Kindern bis zu vier Jahren auf 60 % erhöht. In den Quartieren Friesenberg, Unterstrass und Leimbach ist die Versorgung unterdurchschnittlich.

Von den rund 7600 Plätzen konnten über 3400 subventioniert werden, gut 3100 davon in privaten Kitas. Der Anteil subventionierter Plätze am Gesamtangebot lag bei 45 %. Die Nachfrage nach zusätzlichen subventionierten Plätzen war anhaltend hoch, insbesondere bei Familien mit einem steuerbaren Einkommen von mehr als Fr. 60 000.–. Die Vergabe von subventionierten Plätzen durch die Kitas war dagegen eher zurückhaltend, da die Kostensätze für subventionierte Plätze knapp bemessen sind. Im Berichtsjahr haben die Kitas 90 Prozent der insgesamt vereinbarten subventionierten Plätze an die Eltern vergeben.

Das der Qualitätsentwicklung dienende Projekt Bildungsorientierung in 31 Kitas läuft planmässig. Der Aufbau der zehn Anlaufstellen Kinderbetreuung wurde abgeschlossen und evaluiert.

Die Projekte zur Qualitätsentwicklung in der Tagesfamilienbetreuung verlaufen im Rahmen der Planung. Mit verstärktem Fokus auf Bildungsnähe lancierte der Gemeinnützige Frauenverein Zürich eine Kampagne zur Rekrutierung von Tageseltern und erarbeitete ein Aus- und Weiterbildungskonzept für Tageseltern. Trotzdem konnten im Berichtsjahr die üblichen Abgänge (auf frei gewordene Kita-Plätze und zum Schuljahresende) nicht vollständig ersetzt und der geplante Ausbau noch nicht erreicht werden, da die Massnahmen zur Qualitätsentwicklung erst zeitverzögert greifen und lokal die Nachfragen nach Tagesfamilienplätzen noch nicht mit den zur Verfügung stehenden Tageseltern übereinstimmen.

Krippenaufsicht

Aktuell sind in der Stadt Zürich 270 Krippen (davon neun städtische) bewilligt, ein Drittel der Plätze kann für Säuglinge genutzt werden. Nebst der Schaffung von neuen Plätzen gingen infolge Schliessungen und Umstrukturierungen auch rund 200 Plätze in Krippen verloren, wobei jedoch 60 dieser

Plätze in (vom kantonalen Volksschulamt bewilligte und beaufsichtigte) Schulangebote umgewandelt wurden. Dies, weil sich die betreffende Trägerschaft infolge ungenügender Auslastung der Krippe für die Umwandlung in einen Kindergarten entschied.

Nach dem Boomjahr 2007, in dem 32 neue Krippen eröffnet wurden, bewegten sich die Neueröffnungen 2012 in gewohntem Umfang. Die meisten Krippeneröffnungen erfolgten durch bereits in der Stadt Zürich aktive Trägerschaften, was den Trend zur Nutzung von Synergien im Bereich der Administration bestätigt.

Stiftung Zürich-Jobs

Im Jahr 2012 tagte der Stiftungsrat viermal. Die von der Privatwirtschaft und der Stadt Zürich Ende 2006 gegründete Stiftung zur Förderung innovativer Arbeitsintegrationsprojekte finanzierte zwei Einmalbeiträge in Höhe von Fr. 256 000.– an zwei private Trägerschaften und wandelte ein zinsloses Darlehen an eine private Trägerschaft in Höhe von Fr. 30 000.– in einen Einmalbeitrag um. Weiteren zwei Trägerschaften wurden Einmalbeiträge grundsätzlich zugesichert, aber die Höhe aufgrund des Projektstandes noch nicht bestimmt. Gefördert wurden Arbeitsintegrationsprojekte für Jugendliche, junge Erwachsene und Sozialhilfe Beziehende. Abgelehnt wurde ein Gesuch, da dieses Projekt in die alleinige Zuständigkeit der IV fällt.

Tripartite Kommission zur Arbeitsintegration im Sozialdepartement

Die Tripartite Kommission zur Arbeitsintegration trat für drei Sitzungen zusammen. Die Angebote der Arbeitsintegration, sowohl der städtisch als auch der privat geführten, sind konsolidiert und auch betreffend Platzangebot und -nachfrage gut austariert. Dies ist auch ein Grund dafür, dass der Kommission keine neuen Angebote zur Beurteilung vorgelegt wurden. Hingegen liess sich die Kommission wie im Vorjahr wieder ausführlich anhand von Kennzahlen über die Entwicklung der verschiedenen Angebote informieren.

Es gab zwei Auswechslungen von Kommissionsmitgliedern: Für Richard Späh vom Gewerbeverband der Stadt Zürich nahm David Brunner, für Heinz Gabathuler vom VPOD Georg Munz Einsitz.

Asyl-Organisation Zürich (AOZ): Geschäftsstelle des Verwaltungsrats

Der Verwaltungsrat der Asyl-Organisation Zürich hat sich an vier Sitzungen den ordentlichen Geschäften gewidmet. Im alljährlichen Workshop zusammen mit der Geschäftsleitung der AOZ hat er das Leitbild überprüft und die darauf basierende Strategie aktualisiert (www.stadt-zuerich.ch/aoz).

Am 30. Juni ging die vierjährige Amtsperiode des Verwaltungsrats zu Ende. Mit Ausnahme von Fiammetta Jahreiss-Montagnani, die ihren Rücktritt erklärt hatte, stellten sich alle Verwaltungsratsmitglieder der Wiederwahl durch den Stadtrat, so auch der Präsident, Peter Arbenz. Als neuer Verwaltungsrat wurde Renato Valoti gewählt.

Besondere Bedeutung hatte im Berichtsjahr die Unterbringung von Asylsuchenden. Dank grossen Anstrengungen, insbesondere auch mit den beiden temporären Wohnsiedlungen Leutschenbach und Aargauerstrasse, konnte im Sommer die vom Kanton Zürich vorgeschriebene Aufnahmequote vollständig erfüllt werden. Gleichwohl werden laufend weitere

Wohnmöglichkeiten für Asylsuchende bereitgestellt werden müssen, da immer wieder Wohneinheiten, die zwischen-genutzt werden können, wegen Um- oder Neubau wegfallen. Die Errichtung der dritten temporären Wohnsiedlung im Zihlacker in Seebach ist zurzeit durch baurechtliche Verfahren blockiert.

4.1.3 Spezifische Kennzahlen

Kontraktmanagement

	2008	2009	2010	2011	2012
Organisationen mit einem Kontrakt	201	196	204	209	206
davon Krippen	107	109	106	113	114
Kontrakte	294	308	310	305	325
davon Krippen	155	161	167	174	187
Gesamtsumme Subventionen Fr. ²	70988688.75	84050416.45	84070427.85	86558439.00	93881802.50 ³
Raumkosten Fr.	8501276.35	8690071.50	8808359.60	8741659.00	9007410.00
Subventionen inkl. Raumkosten¹	79489965.10	92740487.95	92878787.45	95300098.00	102889212.50
Soziale Integration Fr.	12843746.70	15049341.35	14082136.35	15775948.25	16340502.85 ⁴
Soziale Sicherung Fr.	731000.00	837400.00	855400.00	850777.00	960649.00 ⁵
Berufliche Integration Fr.	5196423.50	6658211.50	2600926.00	2361545.10	3391316.70 ⁶
Frühbereich Fr.	37247490.05	45421276.05	50605558.95	51683229.90	57707049.55 ⁷
Soziokultur Fr.	14970028.50	16084187.55	15926406.55	15886938.75	15482284.40 ⁸
Total Fr.	70988688.75	84050416.45	84070427.85	86558439.00	93881802.50

Definitionen:

¹ Das Sozialdepartement vereinbart in einzelnen Fällen mehrere Kontrakte mit einer Organisation.

² Von der IMMO direkt dem Sozialdepartement belastete Mehrkosten für Immobilienbenützung privater Institutionen.

³ zusätzliche Raummieten für drei neue Familienzentren.

⁴ Mehraufwand AOZ durch gestiegene Fallzahlen im Asylbereich (+2 Mio. Fr.), Minderaufwand durch nicht ausgeschöpfte Kredite (-1.3 Mio. Fr.).

⁵ Mehraufwand durch Leistungserhöhung Pro Senectute Treuhänddienst (GR 2011/287).

⁶ Mehraufwand durch BVZ (GR 2011/251), Verein Lernwerk FitAttest (GR 2011/151) und OJA Job Shop/Info Shop (GR 2011/252).

⁷ Mehraufwand durch zusätzlich 215 subventionierte Plätze in Kitas, drei neuen Familienzentren und Übertrag von zwei bestehenden Familienzentren aus dem Geschäftsfeld Soziokultur.

⁸ Minderaufwand durch Übertrag von zwei bestehenden Familienzentren zum Geschäftsfeld Kinderbetreuung.

4.2 Support Sozialdepartement

4.2.1 Aufgaben

Support Sozialdepartement (SDS) unterstützt die über 1600 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Zentralen Verwaltung (ZV) sowie der Dienstabteilungen Soziale Dienste (SOD) und Soziale Einrichtungen und Betriebe (SEB) mit Dienstleistungen in den Bereichen Personal, Finanzen, Informatik, Controlling und Infrastruktur. Dank weitgehender Standardisierung und Prozessorientierung können die Supportdienstleistungen effizient, effektiv und wirtschaftlich angeboten werden.

4.2.2 Jahresschwerpunkte

Elektronischer Workflow für Bildungsanträge

Im Dezember 2012 wurde für die Zentrale Verwaltung, die Sozialen Dienste (SOD) und Support Sozialdepartement (SDS) der elektronische Workflow «Antrag und Genehmigung Bildungs-massnahmen» eingeführt. Für Bildungsanträge mussten bislang Formulare ausgefüllt und in Papierform weitergeleitet werden. Dank der Umstellung auf die elektronische Abwicklung können die Bildungsanträge einfach und effizient bearbeitet werden. Sie sind jederzeit auffindbar und von den berechtigten Personen einsehbar. Über eine Schnittstelle werden die Daten ins elektronische Bildungsportal importiert. Die Erstellung von Bildungsvereinbarungen und das Weiterbildungscontrolling werden damit vereinfacht und optimiert.

Der elektronische Workflow wurde innerhalb von neun Monaten in enger Zusammenarbeit zwischen Vertreterinnen und Vertretern der Dienstabteilungen, SDS Informatik und SDS Personalentwicklung konzipiert und eingeführt.

Gesundheitsförderung mit der Expedition «everbest»

Im Rahmen der betrieblichen Gesundheitsförderung führte SDS vom 3. September bis 12. Oktober 2012 die 40-tägige Schrittzähleraktion Expedition «everbest» durch, deren Ziel es war, die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter mit kleinen, aber nachhaltigen Verhaltensänderungen zu mehr Bewegung im Alltag zu motivieren.

Die Aktion stiess auf grosse Resonanz: 41 Mio. Schritte haben die 113 Mitarbeitenden (75 % der gesamten Belegschaft, die ihre Schritte erfasst haben) auf ihrem virtuellen Weg zum Mount Everest zurückgelegt.

Mit 280 000 Schritten erreichten die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter symbolisch den Gipfel. Die täglich absolvierten Schritte wurden mit einem Pedometer gemessen und per internetgestütztes Programm erfasst. Dieses zeigte grafisch, wo sich die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter auf dem virtuellen Weg zum Gipfel gerade befanden.

Mit der Aktion Expedition «everbest» konnten auf spielerische Art die Auseinandersetzung mit der Bewegung im Alltag und der Teamgeist gefördert werden. Leistungen wurden verglichen. Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter verbrachten den Mittag mit Joggen oder Spazieren, obwohl sie dies bisher nie getan hatten, und oft wurde die Fahrt mit dem Tram durch einen Fussmarsch ersetzt.

CRM-Lösung für das Kontraktmanagement

Das Kontraktmanagement des SD bewirtschaftet mehr als 300 Verträge mit über 200 privaten Anbietern und einer jährlichen

Subventionssumme von rund 90 Mio. Fr. Bisher wurden für diese Aufgabe mehrere selber entwickelte Programme eingesetzt. Die fehlende Integration führte zu redundanten Daten und Medienbrüchen. Zudem war diese Lösung für die Anwenderinnen und Anwender wenig übersichtlich, benutzerunfreundlich und mangels Dokumentation kaum mehr wart- und erweiterbar.

Mit dem Projekt WiCoSo wurde im Sommer 2012 eine neue integrierte Lösung für das Kontraktmanagement eingeführt. Sie basiert auf «Microsoft Dynamics CRM» (Customer Relationship Management), einer flexiblen Anwendungsplattform, die Grundfunktionen für Geschäftsanwendungen umfasst und einfach auf die eigenen Prozesse und die spezifische Geschäftslogik adaptierbar ist. «MS Dynamics CRM» ist ein erweiterbares städtisches Standardprodukt, das auch für mobiles Arbeiten mit Tablet-Computern (z. B. iPad) eingerichtet werden kann.

Die CRM-Lösung erleichtert dem Kontraktmanagement die Erfassung neuer Verträge und deren Übertragung auf die nächste Periode. Dokumente werden aus Textbausteinen, Stamm- und Bewegungsdaten automatisch erstellt, Buchhaltungs- und Zahlungsdaten werden über eine Schnittstelle ins SAP transferiert. Das Tool umfasst eine mächtige Adressverwaltung, erlaubt flexible Auswertungen, und die externen Kontraktpartner können ihre Leistungsdaten für das Reporting über eine Internetapplikation direkt eingeben.

Das Projekt WiCoSo wurde von SDS Informatik in Zusammenarbeit mit dem Kontraktmanagement SD, OIZ und der Firma solutions AG, Bern, realisiert. Die Präsentation am Microsoft-Praxistag für die öffentliche Verwaltung 2012 stiess beim Publikum auf grosses Interesse.

Reorganisation des Auskunftsdiensts

Bis Mitte 2012 gab es im Sozialdepartement zwei telefonische Auskunftsdienste: das Informationszentrum (IZS) im Sozialzentrum Ausstellungsstrasse als gesamtstädtisches Angebot der Sozialen Dienste und die Departementstelefonie bei SDS im Verwaltungszentrum Werd. Die Zuweisung zum einen oder anderen Dienst erfolgte unkoordiniert und eher zufällig, so dass beide Stellen mit doppeltem Aufwand ähnliche Leistungen für gleiche Zielgruppen erbrachten.

Mit der Zusammenführung des IZS und der Departementstelefonie konnten ab Juli 2012 wesentliche Synergien realisiert werden: Für die Öffentlichkeit besteht ein einziger telefonischer Zugang zum Sozialdepartement, und die öffentlichen Auskunftsdienste sowie die elektronischen Nachschlagverzeichnisse weisen nun eindeutig den «richtigen Weg» ins Sozialdepartement. Ausserdem kann durch die Zusammenlegung der beiden Dienste das Leistungsniveau mit weniger Personalressourcen nicht nur gehalten, sondern teilweise sogar ausgebaut werden. Durch den fachlichen Austausch und die gegenseitige Unterstützung ist zudem die Qualität der telefonischen Auskünfte gestiegen.

Die Reorganisation hatte nicht nur die Verbesserung der telefonischen Auskunftsdienste zum Ziel. Gegenwärtig wird geprüft, wie die Nutzung des «Wegweisers» (elektronische Informationsdrehscheibe auf dem Intranet des Sozialdepartements der Stadt Zürich), der ebenfalls vom IZS betreut wird, durch ein neues Betriebskonzept und den Einsatz neuer Webtechnologien kundenfreundlicher und effektiver gestaltet werden kann.

4.2.3 Spezifische Kennzahlen

Personal

	2008	2009	2010	2011	2012
Anstellungen ¹	558	560	508	554	537
Interne Schulungen ²	213	154	176	134	117
Auszubildende KV (Stichtag 31. Dezember)	50	47	45	47	43
Mitarbeitende im Zuständigkeitsbereich ³ (Stichtag 31. Dezember)	1 824	1 871	1 889	1 877	1 892

Definitionen:

¹ Anzahl neu besetzter, befristeter oder unbefristeter Teilzeit- und Vollzeitstellen, Praktika und Ausbildungsplätze durch interne oder externe Bewerberinnen (inkl. Übertritte, ohne Auszubildende KV)

² Anzahl durchgeführter Schulungsmodule, unabhängig von ihrer Dauer

³ Anzahl Mitarbeitende in aktiver, fester oder befristeter Vollzeit- und Teilzeitanstellung im Stunden- oder Monatslohn (mit Praktikantinnen, Praktikanten und Auszubildenden, ohne Auszubildende KV und ohne Einsatzplätze der Arbeitsintegration)

Finanzen

	2008	2009	2010	2011	2012
Kreditoren- / Debitorenzahlungen ¹	745 954	802 943	848 958	869 561	892 837
Steuererklärungen für Klientinnen und Klienten mit vormundschaftlichen Massnahmen	2 907	3 018	3 284	3 291	3 466
Vermögensabrechnungen für Klientinnen und Klienten mit vormundschaftlichen Massnahmen	1 308	2 016	2 020	1 942	2 133
Inkassofälle für Rückerstattungen Sozialhilfe und Elternbeiträge	799	960	1 141	1 165	1 099

Definition:

¹ Zahlungen Rechnungsjahr

Informatik

	2008	2009	2010	2011	2012
Bearbeitete Störungsmeldungen ¹	6 980	6 822	5 946	5 731	5 059
Gewartete Informatik-Arbeitsplätze (Stichtag 31. Dezember)	1 827	1 816	1 878	1 902	1 920
Gewartete Informatik-Fachanwendungen	62	61	58	58	62
Informatikprojekte und Anwendungs- erweiterungen (Stichtag 31. Dezember)	41	40	50	42	33

Definitionen:

¹ Anzahl der vom Service Desk an die Supportspezialistinnen und -spezialisten weitergeleiteten Tickets

Controlling und Infrastruktur

	2008	2009	2010	2011	2012
Betreuungsverhältnisse in Krippen ¹ (Stichtag 31. Dezember)	3 871	4 391	4 779	4 893	5 199
Administrativ betreute Teilnehmerinnen und Teilnehmer der Arbeitsintegration SEB	2 318	2 319	3 332	3 166	3 063
Bewirtschaftete Arbeitsplätze im VZ Werd (Stichtag 31. Dezember)	350	347	361	356	360

Definition:

¹ Gesamtzahl der Kinder in privaten subventionierten und städtischen Krippen, die am Stichtag eine gültige Elternbeitragsvereinbarung haben.

4.3 Laufbahnzentrum

4.3.1 Aufgaben

Das Laufbahnzentrum (LBZ) hat den gesetzlichen Auftrag, Jugendliche bei ihrer Berufs- und Studienwahl und Erwachsene bei der Gestaltung ihrer beruflichen Laufbahn zu unterstützen. Dies erfolgt durch ein breites Informationsdienstleistungsangebot und durch persönliche Beratung. Die Beratung hat insbesondere zum Ziel, den Ratsuchenden Entscheide zu ihrer beruflichen Laufbahn zu ermöglichen, die ihren Fähigkeiten und Interessen entsprechen und gleichzeitig die Anforderungen der sich wandelnden Arbeitswelt berücksichtigen.

Im Laufbahnzentrum werden drei Dienstleistungsbereiche unterschieden:

- Berufs- und Laufbahnberatung, Berufswahlvorbereitung
- Berufs- und Lehrstelleninformationen
- Realisierungsunterstützung: Stipendienberatung, Lehrstellenvermittlung und Brückenangebote

Die Berufsberatung von Jugendlichen stellt die Jugendlichen in den Mittelpunkt; sie werden im Berufswahlprozess unterschiedlich unterstützt durch ihr Umfeld in der Schulzeit, die Berufsberatung und Wirtschaft. Die Berufsberatung begleitet die schulisch etablierte Berufswahlvorbereitung, sei dies in Klassen- und Elternorientierungen oder in Einzelberatungen der Schülerinnen und Schüler vor Ort oder im Laufbahnzentrum. Dabei sieht das Beratungskonzept eine möglichst eigenverantwortliche Beteiligung der Schülerinnen und Schüler vor.



Im Projekt LIFT befassen sich Schülerinnen und Schüler ab der 1. Klasse der Sekundarstufe I mit ihren Vorstellungen zur Berufswelt und arbeiten regelmässig an Wochenarbeitsplätzen. Dies ermöglicht ihnen den konkreten Einblick in den Berufsalltag neben der Schulwelt. (Foto: Claudia Schildknecht)

Die Laufbahnberatung von Erwachsenen betrifft Personen, die ihre beruflichen Anliegen in einer sich ständig verändernden Berufswelt angehen wollen. In Einzelberatungen und Gruppensettings werden berufliche Standortbestimmungen, Aus- und Weiterbildungsfragen sowie Neuorientierungen angegangen.

4.3.2 Jahresschwerpunkte

Beratung

Die Zahl der Beratungen hat im vergangenen Jahr um 10 % (478 Fälle) zugenommen; dabei haben sich die Zahlen bei den jungen Erwachsenen wie bei den über Fünfzigjährigen überdurchschnittlich erhöht. Wie im Vorjahr betreffen rund 60 % der Beratungen Erwachsene (über achtzehn Jahre). Im Schnitt liegen die Beratungssitzungen pro Ratsuchende etwas über zwei Stunden; die Beratungsdauer bei Erwachsenen ist leicht höher als bei den unter Achtzehnjährigen.

Berufsinformation

Die Auskunftsleistungen des Berufsinformationszentrums (BIZ) sind gegenüber dem Vorjahr um rund 20 % angestiegen. Dabei hat das BIZ die Beratungszeiten vor Ort für Kurzberatungen und die telefonischen Auskunftszeiten ab August um 100 % erweitert, ohne dabei die Personalressourcen zu erhöhen. Auch die zahlreicheren Einzelberatungen führten zu einem grösseren Informationsaufwand im BIZ; oftmals sind Beratungen mit der Abgabe von Informationsmaterial zu Ausbildungsgängen verbunden.

Realisierungsunterstützung

Die Unterstützung der Umsetzung des beruflichen Entscheides hat im LBZ eine lange Tradition – sie geht bis in die Zwanzigerjahre des letzten Jahrhunderts zurück. Auf dem Gebiet der Stadt Zürich wird der Kontakt mit den Lehrbetrieben intensiv gepflegt, damit Lehrstellen erhalten oder generiert werden können. Die Zahl der gemeldeten Lehrstellen hat noch einmal leicht zugenommen; die Nachfrage nahm in den letzten Jahren leicht ab, so dass sich die Lehrstellenproblematik in kleinen Schritten leicht entschärft. Nach wie vor treten gut 30 % der Lehrstellensuchenden aus der Stadt Zürich in ein Berufsvorbereitungsjahr oder ein Motivationssemester ein oder haben keine Lösung. Auch liegt die Quote der Lehrvertragsauflösungen nach wie vor bei 10 %, so dass das LBZ in zwei neuen Projekten einerseits die Berufswahlvorbereitung (Projekt LIFT = leistungsfähig durch individuelle Förderung und praktische Tätigkeit, siehe Bild links) sowie die Krisenintervention bei drohendem Lehrabbruch (Projekt Casemanagement Berufsbildung im Auftrag des Amtes für Mittelschulen und Berufsbildung – MBA) unterstützt. Die Integration von Netz_2 im LBZ verlief über die erste Projektphase sehr gut; das Angebot ist vollumfänglich ausgelastet.

Aufgrund einer entspannteren Lehrstellensituation stagniert die Zahl der vom LBZ angebotenen Praktikumsjahresplätze bei JOB PLUS. Die Anschlussquote für direkt weiterführende Ausbildungen liegt nach wie vor bei 80 %.

Die Stipendienberatung vermittelte in diesem Jahr fast 2,7 Mio. Fr. Ausbildungsbeiträge. Die bewilligten Beiträge sind leicht rückläufig, die Beratungsleistungen sind nach wie vor sehr gefragt.

4.3.3 Spezifische Kennzahlen

Berufs- und Laufbahnberatungen

Beratene Personen	2008	2009	2010	2011	2012	Veränderung 2011 zu 2012	
bis 15 Jahre	1 585	1 244	1 324	1 275	1 344	69	5 %
16–17 Jahre	570	790	672	640	786	146	23 %
18–19 Jahre	244	248	229	248	280	32	13 %
20–24 Jahre	475	524	535	492	532	40	8 %
25–29 Jahre	469	560	512	501	511	10	2 %
30–39 Jahre	800	930	916	915	1 007	92	10 %
40–49 Jahre	499	542	586	612	655	43	7 %
50 und mehr Jahre	141	194	206	189	235	46	24 %
Total Einzelberatungen	4 783	5 032	4 980	4 872	5 350	478	10 %
Einzelberatungen RAV	495	682	637	580	603	23	4 %
Einzelberatungen SOD	79	153	185	122	133	11	9 %
Ø Anzahl Beratungen							
bis 18 Jahre	–	–	–	–	2	–	–
über 18 Jahre	–	–	–	–	2.4	–	–
Geschlecht							
weiblich	–	–	–	–	(55 %) 2 921	–	–
männlich	–	–	–	–	(45 %) 2 429	–	–

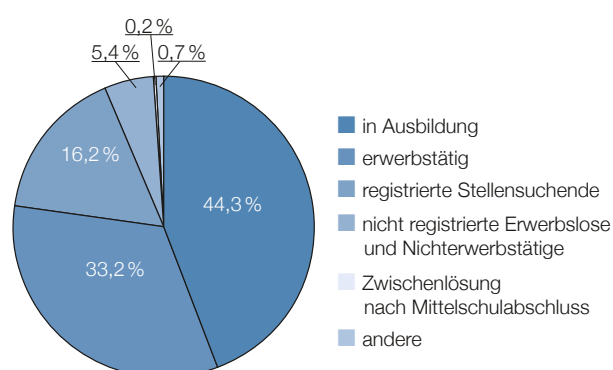
Kommentar

Neu werden in der Darstellung der beratenen Personen ab 2012 die durchschnittliche Anzahl Sitzungen pro beratene

Person sowie die Anzahl beratener Frauen und Männer übers Berichtsjahr aufgeführt.

Ausbildungs- und Beschäftigungssituation

	Anzahl	in %
in Ausbildung	2 370	44.3
erwerbstätig	1 776	33.2
registrierte Stellensuchende	867	16.2
nicht registrierte Erwerbslose und Nichterwerbstätige	287	5.4
Zwischenlösung nach Mittelschulabschluss	10	0.2
andere	40	0.7
Total	5 350	100.0



Berufswahlvorbereitung

	2008	2009	2010	2011	2012
Klassenorientierungen ¹	193	180	170	158	156
im Berufsinformationszentrum (BIZ)	151	152	151	136	151
Schulhaussprechstunden (Kurzberatungen)	3041	2941	3532	3713	3583
im Rahmen von Schulhaus-Präsenzen	936	879	939	947	971
Elternorientierungen	116	112	105	91	94

Definition:

¹ Die Klassenorientierungen werden in den Schulhäusern und BIZ durchgeführt. Die BIZ-Zahlen sind untenstehend separat ausgewiesen.

Berufsinformationszentrum (BIZ)

	2008	2009	2010	2011	2012
Besucherinnen und Besucher (alleine und mit Beraterinnen und Beratern)	13292	14414	15029	14347	18249
Besuche in Gruppen oder Schulklassen	4640	4680	4740	4880	5360
Auskünfte (telefonisch, online sowie Kurzberatungen)	2894	2804	3487	3841	4730
Interne Informationen an Berufsberaterinnen und Berufsberater	1470	1654	1714	1801	2116
Total der Auskunftsleistungen	22296	23562	24990	24869	30455

Brücken-Angebote JOB PLUS (Stichtag 31. Dezember)

	2008	2009	2010	2011	2012
Teilnehmende im Motivationssemester JOB PLUS	92	95	93	94	83
Teilnehmende JOB PLUS Futura	13	20	20	17	16

Lehrstelleninformation / -vermittlung

	2008	2009	2010	2011	2012
Gemeldete Lehr- und Anlehrstellen	3871	4026	3952	4062	4156
Kontakte mit Lehrbetrieben (Mails, Telefon)	8622	8600	13689	14896	13280
Lehrstellenberatung / -coaching	176	232	255	291	308
Abgegebene Lehrstellenliste (Lena) ¹	385	324	309	161	–

Definitionen:

¹ Die telefonisch bestellten Lehrstellenlisten sowie die Besuche im BIZ, die nur wegen Lehrstellenlisten erfolgen, werden nicht mehr separat ausgewiesen. Aufgrund der räumlichen Umgestaltung des BIZ im August 2012 ist Letzteres nicht mehr möglich.

Stipendienberatung

	2008	2009	2010	2011	2012
Einzelberatungen	385	324	309	161	158
Ausbildungsbeiträge nach Fonds (in Fr.)					
Städtische Stipendien	1 294 150	1 980 200	2 396 300	2 250 600	1 883 900
StadtbürgerInnenfonds	17 800	59 600	81 000	74 200	50 900
Ausbildungsdarlehen	–	–	–	25 700	22 300
Private Stipendienstiftungen	558 600	704 500	948 400	812 250	729 360
Total	1 870 550	2 744 300	3 452 700	3 162 750	2 686 460

4.4 Amt für Zusatzleistungen zur AHV/IV

4.4.1 Aufgaben

Die Hauptaufgabe des Amts für Zusatzleistungen zur AHV/IV (AZL) besteht darin, einkommensschwachen Zürcher AHV- und IV-Rentnerinnen und -Rentnern eine angemessene materielle Existenz zu garantieren oder ihnen mittels Zusatzleistungen (ZL) die selbständige Bezahlung ungedeckter Heimkosten zu ermöglichen. Zudem können bestimmte Krankheits- und Behinderungskosten vergütet werden. Für die Aufgabenerfüllung stehen dem AZL Ergänzungsleistungen, kantonale Beihilfen und Zuschüsse, jährliche Gemeindegzuschüsse, Pflegekostenzuschüsse, ausserordentliche Gemeindegzuschüsse sowie Einmalzulagen zur Verfügung. Sämtliche Leistungsarten sind an die Erfüllung bestimmter Anspruchsvoraussetzungen geknüpft.

Seit dem 1. Januar 2011 ist die Abteilung Pflegebeiträge des AZL zudem für die Auszahlung der öffentlichen Pflegebeiträge im stationären Bereich an die Leistungserbringer zuständig.

4.4.2 Jahresschwerpunkte

IT-Strategieprojekt

Im Bereich der ZL-Durchführung bewältigen das AZL sowie achtzehn weitere angeschlossene Städte und Gemeinden sämtliche operativen Aufgaben mit der Fallapplikation ZUSO. Es handelt sich um eine reife, stabile Individuallösung mit gut etablierten Prozessabläufen, die seit rund zwanzig Jahren besteht und permanent weiterentwickelt wurde.

Aufgrund des Software-Lebenszyklus wurde im Jahr 2011 ein Strategieprojekt bezüglich Weiterentwicklung/Ablösung von ZUSO bei der Abteilung Organisation und Informatik der Stadt Zürich (OIZ) in Auftrag gegeben, um langfristig eine optimale IT-Unterstützung der ZL-Durchführung des AZL und der Vertragsgemeinden zu garantieren.

Zielsetzung ist, ein bestmögliches Instrument zu beschaffen, das die heute bestehende Stabilität, Sicherheit, Integrität und Effizienz des operativen Betriebs unter allen Umständen umfassend und nachhaltig gewährleistet. Die korrekten Rechtsansprüche müssen permanent und termingerecht den richtigen Personen ausgerichtet werden. Dies ist das höchste Gut, das nicht gefährdet werden darf; schliesslich richtet das AZL jährlich ZL in der Höhe von mehreren Hundert Mio. Fr. aus.

Neue Gesetzesbestimmung bei der Prämienverbilligung für Ergänzungsleistungsberechtigte: Direktüberweisung der Prämienpauschale an die Krankenversicherer

Der neue Art. 21a des Bundesgesetzes über die Ergänzungsleistungen (ELG) hat zum Ziel, die zweckentfremdete Verwendung von Prämienverbilligungsbeiträgen zu verhindern. Ab 1. 1. 2014 ist daher bei Ergänzungsleistungsbeziehenden der jährliche Pauschalbetrag für die obligatorische Krankenpflegeversicherung (OKV) direkt an die Krankenversicherer zu überweisen. Der Grundgedanke von Art. 21a ELG ist nicht neu. Das zürcherische Recht kennt im Gegensatz zu anderen Kantonen seit einigen Jahren eine entsprechende Rechtsgrundlage. Der Unterschied der heutigen Regelung zur neuen Gesetzesbestimmung liegt darin, dass eine Direktüberweisung der Prämie an den Krankenversicherer nicht generell, sondern nur bei Zweckentfremdung erfolgt.

Unmittelbar mit der Bekanntgabe, dass der Bundesrat Art. 21a ELG in Kraft setzen wird, hat das AZL mit Hochdruck die Planungs- und Vorbereitungsarbeiten im Hinblick auf die konkrete Umsetzung aufgenommen sowie bei der Gestaltung der kantonalen Gesetzgebung massgeblich mitgewirkt. Weiter wurden mittels Planstellenweisung sieben Stellenwerte beantragt. Mit dieser Stellenweisung sollte sichergestellt werden, dass der enorme zusätzliche Aufwand im permanenten operativen Prozess aufgefangen werden kann. Die zu dieser Mehrarbeit führenden Problematiken wurden im Geschäftsbericht 2011 ausführlich dargelegt. Parallel zu diesen Arbeiten wurde eine umfassende IT-Analyse bezüglich Zeitaufwand für die technische Umsetzung in die Wege geleitet. Nachdem die kantonalen gesetzlichen Grundlagen weitgehend geklärt waren, konnte diese technische Voranalyse und Aufwandschätzung abgeschlossen werden. Leider hat sich herausgestellt, dass es aus überprüfbaren Gründen nicht möglich ist, mit der heutigen Fallapplikation die für eine ordnungsgemässe Abwicklung notwendigen Anpassungen rechtzeitig vorzunehmen. Eine möglicherweise rechtzeitige Umsetzung wäre nur mit signifikanten zusätzlichen externen und internen Ressourcen machbar gewesen. Dieses IT-Hochrisikoprojekt hätte der Stadt Zürich sehr hohe Investitionskosten von rund 5 Mio. Fr. verursacht. Da das AZL an einem sorgsamem Umgang mit öffentlichen Geldern interessiert ist, wurde diese Problematik mittels einer Einfrage dem Zürcher Stadtrat unterbreitet mit dem nachvollziehbaren Ergebnis, dass in eine auslaufende Fallapplikation keine 5 Mio. Fr. investiert werden können. Somit kann die neue Gesetzesbestimmung nicht mehr in der heutigen Fallapplikation und folglich nicht rechtzeitig umgesetzt werden. Es steht jedoch fest, dass Art. 21a ELG – unabhängig von der gewählten IT-Strategie-Variante – in die neue Fallapplikation implementiert wird. Somit werden alle finanziellen Mittel und Ressourcen in die Zukunft investiert, damit das bereits laufende IT-Strategieprojekt vorangetrieben und Art. 21a ELG so rasch als möglich umgesetzt werden kann.

Da Sinn und Zweck von Art. 21a ELG in der Stadt Zürich mit der Direktüberweisung der Krankenkassenprämie im Falle von Zweckentfremdung bereits heute umgesetzt ist, werden durch die verzögerte Umsetzung weder Bund und Kanton noch die SVA noch die Krankenversicherer und insbesondere auch nicht die Zusatzleistungsberechtigten einen finanziellen Schaden erleiden. Ab 1. 1. 2014 bis zur Umsetzung von Art. 21a ELG verbleibt für die Stadt Zürich ein minimales finanzielles Restrisiko bei allfälligen wenigen Einzelfällen, bei denen die Zweckentfremdung der OKV-Prämie nicht rechtzeitig abgefangen werden konnte und das Rückerstattungsverfahren erfolglos blieb. Diese erwartete geringfügige Schadenssumme steht in keinem Verhältnis zu den 5 Mio. Fr. Investitionskosten des oben erwähnten IT-Hochrisikoprojekts.

Aufgrund der verzögerten Umsetzung von Art. 21a ELG entfällt zurzeit auch der dafür eingeplante Personalaufwand. Folglich wurde mit dem Novemberbrief die Planstellenweisung mit den beantragten sieben Stellenwerten zurückgezogen.

Abschliessend ist festzuhalten, dass die verzögerte Umsetzung dieser Bundesgesetzesbestimmung sicherlich unbefriedigend ist; jedoch ist zu berücksichtigen, dass während dieser Übergangsphase niemand zu Schaden kommen wird.

4.4.3 Spezifische Kennzahlen

Aufwendungen und Erträge

(in Fr.)	2008	2009	2010	2011	2012
Ergänzungsleistungen					
jährliche Ergänzungsleistungen (monatlich ausbezahlt)	324 399 820	339 378 689	369 073 291	390 883 607	402 271 740
Krankheits- und Behinderungskosten	20 948 944	21 992 848	22 565 740	24 345 324	26 508 179
Beihilfen und Zuschüsse					
Beihilfen (monatlich ausbezahlt)	25 158 408	25 350 362	25 448 670	25 786 094	26 297 753
Zuschüsse ¹	1 360 478	1 322 072	1 460 439	2 244 500	2 560 044
Gemeindezuschüsse					
jährliche Gemeindezuschüsse (monatlich ausbezahlt)	32 872 981	35 584 045	37 819 047	37 949 860	38 058 956
Pflegekostenzuschüsse	499 186	263 734	125 803	109 546	28 224
ausserordentliche Gemeindezuschüsse	231 733	342 501	273 170	219 622	179 202
Einmalzulagen	3 883 050	3 882 442	3 902 700	3 925 800	3 949 350
Total Aufwendungen	409 354 600	428 116 693	460 668 860	485 464 353	499 853 448
Staatsbeiträge	126 642 284	133 286 209	139 799 909	149 722 780	154 032 506
Prämienverbilligungen	74 395 702	75 034 547	82 870 138	88 704 186	94 234 119
Rückerstattungen	14 358 353	15 035 934	18 401 610	19 316 478	17 920 615
Total Erträge	215 396 339	223 356 690	241 071 657	257 743 444	266 187 240
Nettobelastung Stadt	193 958 261	204 760 003	219 597 203	227 720 909	233 666 208

Definition:

¹ Zuschüsse nach kantonalem Recht; Einführung per 1. 1. 2008 (§ 19a Zusatzleistungsgesetz [ZLG])

Laufende Fälle

Stichtag im Dezember	2008	2009	2010	2011	2012
AHV-Rentnerinnen und -Rentner inkl. Hinterlassene in Wohnungen	6 924	6 929	7 028	7 185	7 295
AHV-Rentnerinnen und -Rentner inkl. Hinterlassene in Heimen	3 203	3 254	3 383	3 414	3 475
IV-Rentnerinnen und -Rentner in Wohnungen	4 705	4 727	4 801	4 864	4 959
IV-Rentnerinnen und -Rentner in Heimen	1 394	1 405	1 446	1 451	1 425
Total	16 226	16 315	16 658	16 914	17 154

Durchschnittliche Zusatzleistung

in Fr. pro Fall im Dezember	2008	2009	2010	2011	2012
AHV-Rentnerinnen und -Rentner inkl. Hinterlassene in Wohnungen	1 309	1 346	1 402	1 450	1 467
AHV-Rentnerinnen und -Rentner inkl. Hinterlassene in Heimen	2 704	2 826	3 061	3 263	3 297
IV-Rentnerinnen und -Rentner in Wohnungen	1 509	1 531	1 582	1 621	1 635
IV-Rentnerinnen und -Rentner in Heimen	3 322	3 431	3 558	3 691	3 770

Diverse Indikatoren

	2008	2009	2010	2011	2012
Verfügungen im Rahmen von Neu- und Wiederanmeldungen	2 892	3 105	3 102	3 128	2 957
Periodische Überprüfungen laufender Fälle	5 452	6 101	5 567	5 507	5 957
Mutationen von Berechnungsgrundlagen laufender Fälle	12 081	10 929	10 783	13 763	13 702
Anspruchsverlust infolge Tod	1 247	1 310	1 153	1 335	1 250
Abgänge infolge Wegfalls der Anspruchsvoraussetzung	1 031	1 079	1 163	1 214	1 245
Verfügungen für Krankheits- und Behinderungskosten	20 579	21 286	20 931	22 506	22 657
Verfügungen für Pflegekostenzuschüsse und ausserordentliche GZ ¹	1 939	–	–	–	–

Definition:

¹ Seit dem Wegfall der Obergrenze bei den jährlichen Ergänzungsleistungen und der Einführung der Zuschüsse nach kantonalem Recht per 1.1.2008 werden Pflegekostenzuschüsse praktisch nur noch für Nachzahlungen und in Einzelfällen ausgerichtet, so dass diesem Indikator heute keine Aussagekraft mehr zukommt.

Kommentar

Nachdem die Zahl der Rentenberechtigten mit Zusatzleistungen zur AHV/IV zwischen 2008 und 2009 nur wenig zugenommen hatte, steigt sie seit dem Jahr 2010 wieder stärker. Ende 2012 (Stichtag im Dezember) wurden 17 154 (Vorjahr: 16 914) laufende Fälle gezählt. Dies entspricht einer Veränderung von 1,4 % (1,5 %). Der Zuwachs zeigt sich stärker bei den AHV-Renten-Berechtigten mit einer Zunahme von 171 Fällen (+1,6 %) und schwächer bei den IV-Renten-Berechtigten mit einem Plus von 69 Fällen (+1,1 %).

Die Aufwendungen für die Zusatzleistungen haben mit Fr. 499 853 448.– gegenüber Fr. 485 464 353.– im Vorjahr um 3,0 % (5,4 %) zugenommen. Die Bruttoleistungen verteilen sich zu 85,8 % (85,5 %) auf Ergänzungsleistungen (einschliesslich Krankheits- und Behinderungskosten), zu 5,3 % (5,3 %) auf kantonale Beihilfen, zu 0,5 % (0,5 %) auf Zuschüsse nach kantonalem Recht, zu 7,6 % (7,8 %) auf jährliche Gemeindegzuschüsse und zu 0,8 % (0,9 %) auf ausserordentliche

Gemeindegzuschüsse, Einmalzulagen und Pflegekostenzuschüsse. Das Nettoergebnis hat sich gegenüber dem Vorjahr um 2,6 % auf Fr. 233 666 208.– erhöht. Während die Aufwendungen (Bruttokosten) gegenüber dem Vorjahr um 14,4 Mio. Fr. gestiegen sind, hat sich die Nettobelastung für die Stadt um 5,9 Mio. Fr. erhöht.

Entsprechend dem Trend der Vorjahre (seit 2008) sind die Auslagen bei der Vergütung von Krankheitskosten 2012 weiter gestiegen, und zwar von Fr. 24 345 324.– auf Fr. 26 508 179.–. Dies entspricht einer Zunahme um 8,9 % (7,9 %).

Die seit 2008 im Bereich der Restfinanzierung von Kosten in Pflegeheimen und Wohnheimen für Behinderte geltenden Zuschüsse nach kantonalem Recht erhöhten sich 2012 weiter (+14,1 %), auf Fr. 2 560 044.–. Die städtischen Pflegekostenzuschüsse hingegen reduzierten sich weiter, von Fr. 109 546.– auf Fr. 28 224.– (–74,2 %), und werden praktisch nur noch für Nachzahlungen der Vorjahre sowie für seltene Einzelfälle beansprucht.

4.4.4 Spezifische Kennzahlen öffentliche Pflegebeiträge

Aufwendungen nach Trägerschaft

(in Fr.)	2008	2009	2010	2011	2012
Städtische Altersheime (AHZ), Pflegezentren (PZZ) und Spitäler	–	–	–	43 705 777	42 295 168
Private Institutionen	–	–	–	36 709 544	39 805 912
Total	–	–	–	80 415 321	82 101 080

Anzahl beitragsberechtigte Pflegetage nach Trägerschaft

(in Tagen)	2008	2009	2010	2011	2012
Städtische Altersheime (AHZ), Pflegezentren (PZZ) und Spitäler	–	–	–	805 471	807 788
Private Institutionen	–	–	–	715 437	721 307
Total	–	–	–	1 520 908	1 529 095

Kommentar

Die Aufwendungen für die Ausrichtung der öffentlichen Pflegebeiträge im stationären Bereich haben mit Fr. 82 101 080.– gegenüber Fr. 80 415 321.– im Vorjahr um 2,1 % zugenommen. Zwar hat sich die Verlagerung der Kostenübernahme von den

Krankenversicherern zu den Gemeinden vorerst in Grenzen gehalten, doch ist mit dem Wegfall der Staatsbeitragsberechtigung (im Vorjahr 8,6 Mio. Fr.) die Nettobelastung für die Stadt entsprechend höher.

4.5 Soziale Dienste

4.5.1 Aufgaben

Die Sozialen Dienste (SOD) handeln im Rahmen der sozialen Grundversorgung gestützt auf das Sozialhilfegesetz, das Kinder- und Jugendhilfegesetz und das ZGB. Die SOD richten ihre Leistungen auf eine nachhaltige soziale und berufliche Integration der Bewohnerinnen und Bewohner der Stadt Zürich sowie auf die gute Qualität des Zusammenlebens in den Quartieren aus. In den fünf polyvalenten Sozialzentren wird eine umfassende soziale Grundversorgung für die Bewohnerinnen und Bewohner einer Region sichergestellt. Die Dienstleistungen reichen von der präventiv ausgerichteten Quartierkoordination über Soziokultur, die Angebote der Kinder- und Jugendhilfe, die gesetzliche Betreuung und Vertretung im Rahmen einer zivilrechtlichen Massnahme bis hin zur wirtschaftlichen und persönlichen Hilfe gemäss Sozialhilfegesetz.

4.5.2 Jahresschwerpunkte

Einführung neues Kindes- und Erwachsenenschutzrecht (KESR)

Das ZGB erfährt im Bereich des Kindes- und Erwachsenenschutzes eine Generalrevision, die per 1. Januar 2013 in Kraft tritt. Die SOD sind davon massgeblich betroffen; einerseits führen ihre Sozialarbeitenden den grössten Teil der Erwachsenen- und Kindesschutzmandate, andererseits begleiten sie

rund 900 Personen, die privat Mandate führen. In Abstimmung mit der Vormundschaftsbehörde haben die SOD mit umfassenden Massnahmen die Organisation und die Mitarbeitenden auf das neue KESR vorbereitet. So führten sie in Zusammenarbeit mit einer Fachhochschule eine der jeweiligen Funktion der Mitarbeitenden angepasste Schulung durch und erstellten die neuen Grundlagendokumente. Die SOD sind damit bestens vorbereitet, um ab 1. Januar 2013 die zivilrechtlichen Mandate unter dem neuen Recht in hoher Qualität weiterzuführen.

Neuausrichtung Soziokultur 2013

Die SOD führen verschiedene soziokulturelle Einrichtungen, die rund 20% der gesamten Anzahl Betriebe in der Stadt Zürich ausmachen. Auch wenn der Grossteil der Soziokultur über private Trägerschaften abgedeckt wird, ist es wichtig, dass es in diesem Bereich städtische Einrichtungen gibt. Dies vor allem zur Sicherung des operativen Know-hows im Bereich Soziokultur innerhalb der Stadtverwaltung, damit direkte Rückmeldungen der Nutzerinnen und Nutzer über die Angebote sowohl der eigenen wie auch der privat geführten Betriebe möglich sind und damit der Erhalt einer kritischen Grösse gegeben ist, die es erlaubt, Vernetzungsarbeit und fachliche Weiterentwicklung zu leisten.

In den Stadtkreisen 1, 4 und 5 ist das Zusammenspiel der verschiedenen städtischen Akteure von besonderer Bedeutung. Um in diesen intensiv genutzten öffentlichen Räumen eine Nutzungsbalance zu gewährleisten, konzentrieren sich die SOD künftig auf diese Stadtkreise. Die Neuausrichtung der Soziokultur bedeutet, dass das Quartierzentrum (QZ) Aussersihl weiterhin von den SOD geführt wird. Seit seiner Eröffnung im Jahr 2004 hat sich das QZ Aussersihl zu einem lebendigen Treffpunkt für die Quartierbevölkerung entwickelt. Hier begegnen sich Bewohnerinnen und Bewohner jeden Alters, unterschiedlicher Interessen und Herkunft. 2003 hatte der Gemeinderat die Sozialen Dienste mit dem Aufbau des Quartierzentrums und der anschliessenden Übertragung des Angebots an eine private Trägerschaft aus dem Quartier beauftragt. In den vergangenen Jahren wurden erfolglos mehrere Versuche unternommen, eine entsprechende Trägerschaft zu finden. In der Folge schlug das Sozialdepartement eine geografische und inhaltliche Bereinigung der städtisch geführten soziokulturellen Einrichtungen vor. Die Einrichtungen in den restlichen Stadtkreisen werden durch private Trägerschaften geführt.

So wird der Betrieb des Quartiertreffs Höngg und Rütihof an die Stiftung Zürcher Gemeinschaftszentren übergehen. Ausserdem wird das Quartierzentrum Altstadt per 2014 einer privaten Trägerschaft übergeben und über das Kontraktmanagement des Sozialdepartements mitfinanziert.

Informationszentrum IZS neu beim Support Sozialdepartement

Das Informationszentrum IZS erteilt Auskünfte über die öffentlichen und privaten sozialen Angebote in der Stadt Zürich. 1997 als «Infoladen» an der Fraumünsterstrasse eröffnet, wechselte das IZS Anfang 2004 als gesamtstädtisches Angebot zu den Sozialen Diensten. In Zusammenarbeit mit den Sozialzentren richtete das IZS die Infotheken in den Empfangsbereichen der Sozialzentren ein, wo die Quartierbevölkerung schriftliche Informationen über die sozialen Angebote erhalten. Für telefonische Fragen der Bevölkerung war das IZS über die «Infoline» erreichbar. An Bedeutung gewonnen haben die Informationen im Internet, die das IZS mit dem «Wegweiser durch das soziale Angebot in Zürich» anbietet. Per 1. Juli 2012 wechselte das IZS zu Support Sozialdepartement und wurde mit den bestehenden Telefondiensten des Sozialdepartements zusammengeführt. Der einheitliche telefonische Zugang über eine einzige Rufnummer erleichtert die Kontaktaufnahme mit dem Sozialdepartement und stellt sicher, dass das vertiefte Wissen des IZS über die sozialen Angebote allen Anrufenden zur Verfügung steht.

Transparente Klientenkontoabrechnung

Erhalten Sozialhilfebeziehende rückwirkend (Versicherungs-) Leistungen, ist die wirtschaftliche Hilfe zurückzuerstatten. Zu diesem Zweck wird eine Klientenkontoabrechnung (KKA) erstellt. Um die Nachvollziehbarkeit und Verständlichkeit der KKA für die Klientinnen und Klienten zu verbessern, wurden die Prozesse analysiert und verschiedene Massnahmen umgesetzt. So wurden die vorhandenen technischen Möglichkeiten optimiert, die Abläufe vereinheitlicht und beschleunigt. Der Erfolg der im Herbst 2012 abgeschlossenen Überarbeitung zeigt sich bereits, indem Beanstandungen von Klientinnen und Klienten deutlich abgenommen haben. Auch die Ombudsstelle äusserte sich positiv zur neuen KKA.

1 Jahr Anlaufstelle für Vermieter

Nach einem Jahr «Anlaufstelle für Vermieter» kann eine positive Bilanz gezogen werden. Die Anlaufstelle für Vermieter ist ein kostenloses Angebot der SOD mit dem Ziel, Wohnungskündigungen und Ausweisungen zu vermeiden. Es richtet sich an alle Vermieterinnen und Vermieter in der Stadt Zürich, die in einem Mietverhältnis mit Schwierigkeiten konfrontiert sind, die zu einer Wohnungskündigung führen können. Im vergangenen Jahr hat die Anlaufstelle 191 Anfragen zu Problemen mit Mietverhältnissen erhalten. Mit 63 Anfragen stand das Thema Mietrückstände zuoberst auf der Liste, gefolgt von 27 Fällen, in denen es um Konflikte mit Nachbarinnen und Nachbarn ging. Auch mietrechtliche Fragen, mangelnde Sorgfalt mit dem Mietobjekt oder Fragen zu Untermietverhältnissen gehörten zu den wichtigsten Themen. In sechs Fällen konnte die Anlaufstelle sogar eine unmittelbar drohende Wohnungskündigung verhindern. In vielen Anfragen vermochte die Anlaufstelle für Vermieter auch Dienstleistungen anderer Stellen zu vermitteln und so einen wichtigen Beitrag zur Lösung des Problems zu leisten.

Erneuerung Rechtsgrundlage für private Anbieter in der Arbeitsintegration

Bei Eintritt in die Sozialhilfe wird die Arbeitsfähigkeit von Klientinnen und Klienten überprüft. Für zumindest 50 % arbeitsfähige Sozialhilfebeziehende, die kurzfristig nicht in den Arbeitsmarkt reintegrierbar sind, stehen Einsatzplätze in Teillohnbetrieben zur Verfügung. Mit ihrer Tätigkeit in diesen Betrieben erbringen die Sozialhilfebeziehenden die geforderte Gegenleistung und verbleiben gleichzeitig im Arbeitsprozess. Durch den Teillohn verdienen sie abgestuft nach ihrer Leistungsfähigkeit einen Teil ihres Existenzbedarfs selber und entlasten dadurch die Sozialhilfe. Im Bereich der Teillohn-Angebote sind sowohl städtische als auch private Anbieter tätig. Die privaten Angebote machen rund 35 % der Teillohn-Einsatzplätze aus. Bisher wurden sie mit zwei- bis dreijährigen Laufzeiten vom Gemeinderat bewilligt. Nachdem diese Angebote als Arbeitsintegrationsmassnahme etabliert sind und um den Teillohnbetrieben eine genügende Planungssicherheit zu gewährleisten, hat der Gemeinderat 2012 den neuen Rahmenverträgen für eine Dauer von vier Jahren zugestimmt.

Schwerpunkte der Quartierkoordination und der Soziokultur

– Aufgrund der starken Bodenbelastung mussten im Hardquartier mehrere Familiengärten aufgelöst und die Erde ausgewechselt werden. Was geschieht nun mit diesem frei gewordenen Stück Land? Mit der Unterstützung von Grün Stadt Zürich und der Quartierkoordination Kreise 3, 4, 5 der SOD entwickelte die Quartierbevölkerung 2012 Ideen, wie das «neue» Gelände genutzt, bebaut und auch verwaltet werden kann. An mehreren Treffen diskutierten Vertreterinnen und Vertreter der Stadt, Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter aus verschiedenen Organisationen sowie Bewohnerinnen und Bewohner über Möglichkeiten wie Grillplatz, Schülergarten, Vogelvoliere, Teehaus, Verein und Interessengemeinschaft. Weitere Themen waren die Rolle der Stadt sowie die finanziellen Möglichkeiten. Die Ideen werden nun von der Quartierbevölkerung konkretisiert. Man darf gespannt sein, was im Quartiergarten ab Mai 2013 entstehen wird. Die Quartierkoordination Kreise 3, 4, 5 wird auf alle Fälle dranbleiben und die Ideen in der Umsetzung – wo notwendig – unterstützen.

- Bis zum geplanten Baubeginn bei der städtischen Wohnsiedlung 2014 kann die attraktive, 7000 Quadratmeter grosse Brache auf der Kronenwiese im Kreis 6 durch interessierte Gruppierungen aus dem Quartier genutzt werden. Ziel der Trägerschaft – bestehend aus Quartierkoordination Waidberg (SOD), Grün Stadt Zürich und Gemeinschaftszentrum Schindlergut – ist es, eine einfache und unbürokratische Nutzung zur Entwicklung von Projekten zu ermöglichen. Unter anderem leistet die KV Businessschool einen grossen freiwilligen Arbeitseinsatz – es entstehen ein Veloparcours, ein Gemeinschaftsgarten, ein Bau-, Lehm- und Spielplatz. Familien bewirtschaften ihr eigenes Gartenbeet, Jugendliche bauen einen Pizzaofen, Künstler stellen Objekte aus, eine Schulkasse pflanzt ein Weidenhäuschen, ein Quartierbewohner produziert Biokohle, und für gehbehinderte Seniorinnen und Senioren steht eine Aussichtsplattform zur Verfügung. Die Kronenwiese, als Ort der Begegnung und des kreativen Tätigseins – eine Erfahrung mitten in der Stadt mit Ausstrahlung ins Quartier.
- Der Quartiertreff Hardau mit dem soziokulturellen Angebot der Raumvermietung befindet sich in einem der Hard-Hochhäuser. In einem dieser Räume ist auch der Kindertreff Hardau mit seinem Mittagstisch einquartiert. Pro Jahr besuchen 3000 bis 5000 Kinder den Kindertreff, davon nehmen jährlich 2000 bis 3000 Kinder am Mittagstisch Platz. Tendenz steigend. Die Stadt Zürich investiert seit einiger Zeit Mittel, um die Hardau mit baulichen Massnahmen aufzuwerten. Die Beruhigung der Weststrasse und der Bullingerstrasse sowie die neue Wohnzone am Bullingerplatz haben das Hardquartier verändert. Der Verkehr hat abgenommen, die Sicherheit für Fussgängerinnen und Fussgänger, insbesondere für Kinder, wird sich deutlich verbessern. Dies wird zu einer stärkeren Nachfrage nach Treffpunkten und soziokulturellen Gestaltungsmöglichkeiten für Familien führen. Die SOD tragen diesem Fakt Rechnung. Sie werden 2013 im soziokulturellen Bereich eine Strategie entwickeln mit dem Ziel, mehr Begegnungsorte für Familien zu schaffen. Als

Auftakt dieser neuen Richtung darf auch der Umbau der Räumlichkeiten des Kindertreffs Hardau betrachtet werden. Von Juni bis August 2012 wurden die Räumlichkeiten zeitgemäss renoviert und mit einem Fest eingeweiht.

- Affoltern hat sich in den vergangenen Jahren baulich und sozial stark verändert, was bei der Quartierbevölkerung ein Bedürfnis nach mehr Information hervorgerufen hat. Vor allem in Bezug auf laufende und zukünftige Bautätigkeiten, kulturelle Veranstaltungen und weitere Entwicklungen im Quartier möchten die Bewohnerinnen und Bewohner auf dem Laufenden gehalten werden. Die Quartierkoordination Zürich Nord hat dieses Bedürfnis aufgenommen und die Bildung einer Arbeitsgruppe unterstützt, die auf den Vorarbeiten eines sehr engagierten Bewohners aufbaute, der das Internetportal www.affoltern.ch ins Leben gerufen hatte. Die Website, die seit Ende 2009 existiert, wird täglich zwischen sechzig- und hundertmal aufgerufen. Kernstück ist ein Veranstaltungskalender mit Quartieranlässen, der monatlich auch als elektronischer Newsletter verschickt wird. Seit 2011 wird der Kalender – mit Unterstützung durch verschiedene Quartierorganisationen – auch gedruckt und durch eine Freiwillige an mehreren Orten in Affoltern aufgehängt. Die Quartierkoordination stimmt die verschiedenen Tätigkeiten aufeinander ab und setzt sich für einen reibungslosen Ablauf ein.

4.5.3 Spezifische Kennzahlen zur wirtschaftlichen Hilfe nach Sozialhilfegesetz (SHG)

Durch die Anpassung des Sozialhilfegesetzes werden die vorläufig Aufgenommenen seit 2012 mit ordentlicher Sozialhilfe unterstützt. Diese Fälle werden von der AOZ geführt. Dadurch hat sich die Zahl der Existenzsicherungsfälle in der Stadt Zürich leicht erhöht. Durchschnittlich wurden pro Monat 8811 Fälle (Haushalte) unterstützt (2011: 8388). Im ganzen Jahr 2012 wurden insgesamt 19 150 Personen vorübergehend oder permanent mit Existenzsicherungsleistungen unterstützt (2011: 18 354). Dies entspricht einer kumulierten Sozialhilfequote von 5,1 % (2011: 4,9 %).

Fälle (Jahresdurchschnitt)

	2008	2009	2010	2011	2012
Wirtschaftliche Hilfe (Stadt Zürich: SOD und AOZ)	n.v.	8 497	8 648	8 619	9 006
davon nur Existenzsicherung; Fallführung AOZ	n.v.	203	342	474	921
Wirtschaftliche Hilfe (Fallführung SOD)	n.v.	8 294	8 306	8 145	8 085
davon nur Existenzsicherung; Fallführung SOD	n.v.	7 379	7 388	7 245	7 196
davon Existenzsicherung und erzieherische finanzielle Hilfen (SOD)	n.v.	656	663	669	694
davon nur erzieherische finanziellen Hilfen (SOD)	n.v.	259	256	231	195

	2008	2009	2010	2011	2012
Alle Fälle mit Existenzsicherung (Stadt Zürich)	8 282	8 238	8 392	8 388	8 811
davon Fälle mit Fallführung SOD	8 115	8 035	8 051	7 914	7 890
davon Fälle mit Fallführung AOZ	167	203	342	474	921
Alle Fälle mit erzieherischen finanziellen Hilfen	n.v.	915	919	899	888

Fälle kumuliert

	2008	2009	2010	2011	2012
Wirtschaftliche Hilfe (Stadt Zürich)	n.v.	13044	12994	13077	13436
davon Fälle mit Fallführung SOD	n.v.	12752	12457	12403	12121
davon Fälle mit Fallführung AOZ	280	292	537	674	1315

	2008	2009	2010	2011	2012
Alle Fälle mit Existenzsicherung (Stadt Zürich)	13050	12699	12644	12758	13199
davon Fälle mit Fallführung SOD	12770	12407	12107	12084	11884
davon Fälle mit Fallführung AOZ	280	292	537	674	1315
Alle Fälle mit erzieherischen finanziellen Hilfen	n.v.	1947	1937	1908	1771

Neue Fälle

	2008	2009	2010	2011	2012
Existenzsicherung (Stadt Zürich)	3858	4155	4183	4239	4301
davon Fälle mit Fallführung SOD	3739	4016	3900	3979	3921
davon Fälle mit Fallführung AOZ	119	139	283	260	380
Erzieherische finanzielle Hilfen	n.v.	866	850	790	713

Abgelöste Fälle

	2008	2009	2010	2011	2012
Existenzsicherung (Stadt Zürich)	n.v.	4444	4150	4220	4313
davon Fälle mit Fallführung SOD	n.v.	4308	4046	4072	4136
davon Fälle mit Fallführung AOZ	n.v.	136	104	148	177
Erzieherische finanzielle Hilfen	n.v.	876	838	845	807

Personen mit Existenzsicherung (Jahresdurchschnitt)

	2008	2009	2010	2011	2012
Personen mit Existenzsicherung (Jahresdurchschnitt) (Stadt Zürich)	13172	12779	12853	12710	13469
davon Personen in Fällen mit Fallführung SOD	12894	12433	12309	11955	11834
davon Personen in Fällen mit Fallführung AOZ	278	346	544	755	1635

Personen mit Existenzsicherung kumuliert

	2008	2009	2010	2011	2012
Personen mit Existenzsicherung (kumuliert) (Stadt Zürich)	19648	18680	18392	18354	19150
davon Personen in Fällen mit Fallführung SOD	19211	18199	17574	17255	16888
davon Personen in Fällen mit Fallführung AOZ	437	481	818	1099	2262

Sozialhilfequoten

	2008	2009	2010	2011	2012
Durchschnittliche Sozialhilfequote (Jahresdurchschnitt der Personen mit Existenzsicherung, in Prozent der zivilrechtlichen Bevölkerung am Jahresanfang)	3.7 %	3.5 %	3.5 %	3.4 %	3.6 %
Kumulative Sozialhilfequote (Personen mit Existenzsicherung kumuliert, in Prozent der zivilrechtlichen Bevölkerung am Jahresende)	5.4 %	5.1 %	5.0 %	4.9 %	5.1 %

Zahlungen Existenzsicherung und erzieherische Hilfen¹

(in Fr.)	2008	2009	2010	2011	2012
Materielle Grundsicherung					
Grundbedarf Unterhaltsdifferenz (1. Quartal 2008)	6 762 707	–	–	–	–
Grundbedarf Lebensunterhalt	98 857 126	105 228 942	107 988 168	109 346 511	95 710 346
Wohnkosten	85 558 445	85 834 339	87 044 992	83 601 607	85 965 020
Medizinische Grundversorgung	20 014 227	23 223 972	24 907 832	25 420 706	24 414 990
abzüglich Aufwandminderungen (Löhne und Einkommen der Klientinnen und Klienten)	–29 019 305	–43 374 256	–40 368 876	–41 214 839	–42 211 444
Situationsbedingte Leistungen					
allgemein und stat. Aufenthalt Erwachsene	26 123 456	29 715 894	30 368 590	30 307 922	28 138 872
berufliche und soziale Integration	9 995 589	13 519 873	32 164 987	38 753 896	39 964 583
erzieherische Hilfen	51 659 935	58 069 324	57 503 942	55 113 383	52 101 670
Zwischentotal	269 952 180	272 218 088	299 609 635	301 329 186	284 084 037
Beiträge Krankenkassenprämien	28 476 542	29 574 053	29 864 105	31 693 970	31 003 206
Total	298 428 722	301 792 141	329 473 740	333 023 156	315 087 243

Definition:

¹ Bis zum Jahr 2011 umfasst die Tabelle auch die Zahlungen an Existenzsicherungsfälle, die von der AOZ geführt werden. Ab 2012 sind nur noch die Zahlungen an die von den SOD geführten Fälle enthalten.

Rückerstattungen vereinnahmte Geldmittel (ohne Krankenkassenbeiträge): Überblick¹

(in Fr.)	2008	2009	2010	2011	2012
Total Rückerstattungen Behörden	29 591 257	24 112 652	34 061 049	37 340 402	39 616 727
Total Rückerstattungen von anderen Zahlungspflichtigen	61 781 126	70 108 644	80 369 121	75 918 338	74 169 094
Rückerstattungen total (ohne transitorische Abgrenzungen)					
Total	91 372 383	94 221 296	114 430 170	113 258 740	113 785 821

Definition:

¹ Bis zum Jahr 2011 umfasst die Tabelle auch die Rückerstattungen betreffend Existenzsicherungsfällen, die von der AOZ geführt werden. Ab 2012 sind nur noch die Rückerstattungen zu den von den SOD geführten Fälle enthalten

Rückerstattung vereinnahmte Geldmittel¹

(in Fr.)	2008	2009	2010	2011	2012
Behörden					
Direktion Soziales und Sicherheit des Kantons Zürich, Ausländerfürsorge	24 384 276	19 702 726	29 295 396	32 781 741	34 553 386
Heimatbehörden	5 047 094	4 409 926	4 765 653	4 558 661	5 063 341
Bund, Asylsuchende	159 887	–	–	–	–
Total Behörden (ohne Berücksichtigung des Staatsbeitrags)	29 591 257	24 112 652	34 061 049	37 340 402	39 616 727
Selbstzahler					
Rückzahlungen	3 552 777	5 590 944	5 380 962	5 680 443	6 714 364
Lohn- und Vermögensverwaltung	2 892 981	3 360 144	3 184 520	3 476 931	2 545 394
Erbabtretungen	1 712 920	1 944 767	2 605 847	3 055 247	3 230 271
Total Selbstzahler	8 158 678	10 895 855	11 171 329	12 212 621	12 490 029
Verwandte					
Unterhaltsbeiträge Kinderzulagen	2 444 977	3 203 720	4 308 084	4 943 441	3 939 098
Ehegattenalimente	213 511	459 415	498 080	485 890	384 084
Verwandtenunterstützung	825 987	747 686	523 256	584 180	756 140
Total Verwandte	3 484 475	4 410 821	5 329 420	6 013 511	5 079 322
Sozialinstitutionen					
IV	28 385 102	29 130 484	34 343 130	29 837 946	28 129 889
AHV	3 413 579	4 731 134	6 256 064	6 338 046	6 882 317
Arbeitslosenversicherung	2 726 820	3 367 644	4 170 943	3 386 355	3 083 933
Krankenkassen, Unfall- und andere Versicherungen	7 772 145	8 539 399	9 439 667	9 169 223	9 319 335
KKBB, Überbrückungshilfen, Alimentenbevorschussung	4 107 759	4 333 779	4 554 180	4 779 771	4 499 430
Pensionskassenleistungen	1 847 229	2 367 592	2 683 615	1 738 732	1 766 928
Stipendien, Fonds, Stiftungen	1 885 339	2 331 936	2 420 773	2 442 193	2 917 911
Total Sozialinstitutionen	50 137 973	54 801 968	63 868 372	57 692 206	56 599 742
Total Rückerstattungen	91 372 383	94 221 296	114 430 170	113 258 740	113 785 821

Definition:

¹ Bis zum Jahr 2011 umfasst die Tabelle auch die Rückerstattungen betreffend Existenzsicherungsfällen, welche von der AOZ geführt werden.
Ab 2012 sind nur noch die Rückerstattungen zu den von den SOD geführten Fällen vorhanden.

4.5.4 Spezifische Kennzahlen zur persönlichen Hilfe nach SHG

Persönliche Hilfe nach SHG durch die Intakes, die Quartierteams und die Zentrale Abklärungs- und Vermittlungsstelle

	2008	2009	2010	2011	2012
Fälle mit persönlicher Hilfe (in Kombination mit Existenzsicherung) (kumuliert)	12 770	12 407	12 107	12 084	11 884

Infodona

	2008	2009	2010	2011	2012
Beratene Personen (ohne finanzielle Leistungen)	1 580	1 603	1 658	1 634	1 687
Beratungen pro Jahr (ohne finanzielle Leistungen)	3 456	3 467	3 596	3 645	4 175

Freiwillige Einkommens- und Vermögensverwaltung

	2008	2009	2010	2011	2012
Personen mit freiwilliger Einkommens- und Vermögensverwaltung (ohne wirtschaftliche Hilfe nach SHG, ohne zivilrechtliche Massnahmen) (kumuliert)	n.v.	196	299	236	230

4.5.5 Spezifische Kennzahlen zur Jugend- und Familienhilfe

Aufgrund der vom Gemeinderat im Dezember 2011 bewilligten zusätzlichen Stellen konnte die Schulsozialarbeit weiter ausgebaut werden. Im Jahr 2012 waren 62 Schulsozialarbeitende (2011: 56) in 89 Schulen (2011: 82) der Stadt Zürich im Einsatz. Bei der Jugendberatungsstelle hat ein vorübergehender personeller Engpass zu einem Rückgang der Beratungsstunden geführt.

Erzieherische finanzielle Hilfen

Die erzieherischen finanziellen Hilfen umfassen sowohl ambulante als auch stationäre Massnahmen. Die Kennzahlen

sind im Abschnitt «Wirtschaftliche Hilfe nach SHG» enthalten.

Erzieherische Beratung ohne finanzielle Unterstützung

In der erzieherischen Beratung ohne finanzielle Unterstützung werden Eltern in Erziehungsfragen unterstützt, ohne dass dabei ausserhalb der Beratung durch die Sozialarbeitenden zusätzliche Kosten anfallen.

Zu dieser Beratungsleistung werden keine Kennzahlen erhoben.

Alimentenstelle

	2008	2009	2010	2011	2012
Fälle Kleinkinderbetreuungsbeiträge	383	346	328	331	355
Alimentenbevorschussungsfälle	1 866	1 834	1 754	1 813	1 790
Schuldner-Alimenteninkasso	3 626	3 723	3 857	4 141	4 291

Mütter- /Väterberatung

	2008	2009	2010	2011	2012
Erfasste Kinder	5 572	5 592	5 784	6 105	6 496
Beratungen	25 109	25 534	25 404	25 522	24 612

Jugendberatung

	2008	2009	2010	2011	2012
Beratungen in Anwesenheit der Klientinnen und Klienten: beratene Personen/Familien	491	505	510	492	493
Telefonische Beratungen und E-Mail-Beratungen: beratene Personen	929	948	1 046	959	845
Beratungsstunden	5 207	5 005	5 210	5 151	4 554

Elternberatungsstelle

	2008	2009	2010	2011	2012
Feststellung Vaterschaft/Regelung Unterhalt: einvernehmliche Fälle (ohne Beistandschaft) (kumuliert)	1 462	1 603	1 596	1 590	1 725
Folgevereinbarungen (Abänderungen) (kumuliert)	259	250	221	259	238

Fachstelle Pflegekinder

	2008	2009	2010	2011	2012
Beaufsichtigte Tagesverhältnisse (kumuliert)	234	234	218	193	204
Beaufsichtigte Pflegeverhältnisse (kumuliert)	132	143	144	144	143

Regionale Kinderschutzgruppen

	2008	2009	2010	2011	2012
Neu gemeldete Fälle	111	94	94	67	49

Schulsozialarbeit

	2008	2009	2010	2011	2012
SchulsozialarbeiterInnen	41	56	56	56	62
Betreute Schulen	59	81	82	82	89

4.5.6 Spezifische Kennzahlen zu den zivilrechtlichen Erwachsenen- und Kinderschutz-Massnahmen

Erwachsenenschutz (durch Soziale Dienste geführte Fälle)

	2008	2009	2010	2011	2012
Fälle (Jahresdurchschnitt)	3 293	3 338	3 448	3 554	3 601
Fälle kumuliert	3 567	3 736	3 726	4 052	4 151
Neue Fälle	n.v.	415	449	408	428

Kinderschutz (durch Soziale Dienste geführte Fälle)

	2008	2009	2010	2011	2012
Fälle (Jahresdurchschnitt)	1 549	1 752	1 943	2 141	2 251
Fälle kumuliert	1 850	2 039	2 094	2 512	2 586
Neue Fälle	n.v.	448	518	451	545

Spezielle Leistungen

	2008	2009	2010	2011	2012
Zivilrechtliche Massnahmen mit Einkommens- und Vermögensverwaltung (kumuliert)	3 810	3 790	3 621	3 792	3 809
Zivilrechtliche Massnahmen mit zusätzlicher Rechtsvertretung durch den Rechtsdienst SOD (kumuliert)	314	360	375	374	296
Begleitung privater Mandats-trägerInnen: begleitete Mandats-trägerInnen (kumuliert)	1 027	1 014	1 022	1 015	986
Begleitung privater Mandats-trägerInnen: von den begleiteten MandatsträgerInnen geführte Massnahmen (kumuliert)	1 347	1 347	1 407	1 444	1 436

4.5.7 Spezifische Kennzahlen zu Soziokultur und Gemeinwesenentwicklung

Erholung und Freizeit

	2008	2009	2010	2011	2012
Öffnungsstunden der Begegnungsorte	20 665	19 742	19 707	20 271	20 977
Veranstaltungen	4 168	4 281	4 360	3 616	4 253
BesucherInnen von Veranstaltungen	137 030	134 656	143 415	127 526	127 436

Bildung, Kreativität, Kunst

	2008	2009	2010	2011	2012
Bildungsangebote	4 760	4 961	5 075	4 263	3 728
Teilnahmen an Bildungsangeboten	59 860	64 122	65 254	51 667	45 709
Supportstunden für Eigeninitiativen	18 960	20 328	21 432	21 531	22 542

Soziale Stadtentwicklung

	2008	2009	2010	2011	2012
Projekte Gemeinwesenentwicklung	119	136	113	77	74

4.6 Soziale Einrichtungen und Betriebe

4.6.1 Aufgaben

- Die Sozialen Einrichtungen und Betriebe (SEB) führen Einrichtungen, Betriebe und Programme, in denen Menschen beruflich und gesellschaftlich integriert werden.
- Der Geschäftsbereich Wohnen und Obdach umfasst Akutunterkünfte, Einrichtungen für begleitetes und betreutes Wohnen, Notwohnungen und Heime.
- Der Geschäftsbereich Sucht und Drogen bietet ein breites Angebot an präventiven, sozialen und medizinischen Hilfestellungen für Suchtmittel konsumierende Menschen und setzt sich für ein friedliches Zusammenleben im öffentlichen Raum ein.
- Der Geschäftsbereich Kinderbetreuung umfasst neun Kindertagesstätten – darunter drei Kinderhäuser – und führt drei der zehn Anlaufstellen Kinderbetreuung in der Stadt Zürich.
- Der Geschäftsbereich Arbeitsintegration unterhält Betriebe und Programme zur beruflichen und sozialen Integration von Sozialhilfebeziehenden, erwerbslosen Jugendlichen und IV-Beziehenden.

4.6.2 Jahresschwerpunkte

Überarbeitung der SEB-Strategie

Im ersten Halbjahr 2012 haben die SEB ihre Geschäftsstrategie überarbeitet. Um der Verschiedenheit der Tätigkeitsfelder besser Rechnung tragen zu können, entschied die Geschäftsleitung, die Strategie nicht mehr wie bis anhin auf der Ebene der Dienstabteilung zu formulieren, sondern auf der Ebene der Geschäftsbereiche. Die nun vorliegenden Geschäftsbereichsstrategien (2013–2017) werden durch ein Leitbild ergänzt, das Mission und Vision der SEB formuliert und die Handlungs-, Führungs- und personalpolitischen Grundsätze festhält, die für die gesamte Dienstabteilung gelten.

Inbetriebnahme eines neuen Fallführungssystems

Nach dem gelungenen Abschluss der Pilotphase konnten drei der vier Geschäftsbereiche der SEB im September das neue einheitliche Fallführungssystem (Efas) in Betrieb nehmen. Das System vereinfacht die Aufnahme und Bearbeitung von Fällen und ermöglicht eine bessere Übersicht über die Arbeit mit Klientinnen und Klienten, die Leistungen mehrerer Einrichtungen beziehen. Künftig soll Efas überdies als Instrument zur Verbesserung der Prozesse genutzt werden. Die Einführung des Systems verlief reibungslos, sowohl der Terminplan als auch das Budget wurden eingehalten – ein Erfolg, der auch dank der kompetenten Unterstützung durch Support Sozialdepartement (SDS) sowie Organisation und Informatik (OIZ) erreicht werden konnte. Die Integration des vierten Geschäftsbereichs (der Kinderbetreuung) in das neue Fallführungssystem wird voraussichtlich Mitte 2013 erfolgen.

Definitive Weiterführung der Nachtpension

Im November hat der Gemeinderat der Weiterführung der Nachtpension mit 115 zu 0 Stimmen zugestimmt. Das Angebot war Ende 2010 im Pilotbetrieb eröffnet worden, um die Notschlafstelle zu entlasten. Es bietet langzeitobdachlosen

Männern und Frauen Unterkunft im Einer- oder Zweierzimmer und eine Betreuung, die ihrer äusserst schwierigen Lebenssituation angepasst ist. In den zwei Jahren des Pilotbetriebs haben insgesamt 66 Personen die Einrichtung in Anspruch genommen. Über die Hälfte der Klientinnen und Klienten, die in dieser Phase ausgetreten sind, hat eine zuträgliche Anschlusslösung gefunden. Das Ziel der Entlastung der Notschlafstelle wurde erreicht: Die Übernachtungszahlen waren 2011 erstmals seit 2007 wieder rückläufig und haben sich 2012 auf dem Niveau des Vorjahres eingependelt.



Das Werk- und Wohnhaus zur Weid feierte sein 100-Jahr-Jubiläum mit einem Anlass für geladene Gäste und die Öffentlichkeit. (Foto: Claudia Senn)

100 Jahre Werk- und Wohnhaus zur Weid

2012 konnte das Werk- und Wohnhaus zur Weid (WWW) in Rossau, Mettmenstetten, seinen 100. Geburtstag feiern. Einst gegründet, um Stadtzürcher Männer, die in den Augen der Behörden ein «liederliches» Leben führten, auf dem Land «administrativ zu versorgen», ist das WWW heute ein modernes Heim für Männer und Frauen aus der ganzen Region, die mit Sucht- und/oder psychischen Problemen zu kämpfen haben. Im WWW finden sie ein Arbeits- und Lebensumfeld vor, in dem sie sich trotz ihrer Beeinträchtigungen daheim fühlen können. Um die Stellung des Werk- und Wohnhauses in der Landschaft der Invaliden-Institutionen weiter zu stärken, soll es im Laufe des nächsten Jahres in eine private Stiftung übergeführt werden (vgl. S. 394).

Weitere Aufträge für sip züri

Nach der Gemeinde Wädenswil, in der seit 2011 Patrouillen von Sicherheit Intervention Prävention sip züri im Einsatz sind, hat das Sozialdepartement 2012 auch mit den Gemeinden Buchs und Dällikon Leistungsvereinbarungen abgeschlossen. Des weiteren erhielt sip züri im April von Grün Stadt Zürich den Auftrag, den bis dahin von einer privaten Sicherheitsfirma geführten Aufsichtsdienst in der Allmend Brunau zu übernehmen. Die Aufträge sind Ausdruck des Vertrauens, das der Betrieb bei Fachleuten ebenso wie in der Bevölkerung genießt. In enger Zusammenarbeit mit der Polizei, mit sozialen Einrichtungen, Quartierorganisationen und mit der Zentralen Abklärungs- und Vermittlungsstelle des SD konnte sip züri auch 2012 dafür sorgen, dass der öffentliche Raum in der Stadt Zürich für alle zugänglich bleibt.



sip zürli setzt sich dafür ein, dass Nutzungskonflikte im öffentlichen Raum konstruktiv gelöst werden können. (Foto: Thomas Burla)

Studie zur Situation ungarischer Sexarbeiterinnen

Im Rahmen eines von der Direktion für Entwicklung und Zusammenarbeit (Deza) unterstützten Projekts hat der Geschäftsbereich Sucht und Drogen 2012 in Zusammenarbeit mit Partnerorganisationen in Ungarn eine Studie zur Situation ungarischer Strassensexarbeiterinnen, die in Zürich anschaffen, erstellt. Die Ergebnisse der Studie, die in zahlreichen Medien thematisiert wurden, belegen, dass die Frauen sowohl in ihrer Heimat als auch auf dem Zürcher Strassenstrich vielfach Gewalt und Anfeindungen ausgesetzt sind. Das zusammen mit der Studie herausgegebene Methodenhandbuch für die aufsuchende Sozialarbeit unter Strassensexarbeiterinnen in Zürich und in ungarischen Städten zeigt Wege auf, wie den betroffenen Frauen geholfen werden kann.

Abbau von Praktikumsstellen in Kitas

Vor dem Hintergrund des veränderten Berufsbildungssystems und der steigenden Qualitätsanforderungen an eine professionelle Kinderbetreuung hat der Geschäftsbereich Kinderbetreuung die Zahl der Praktikumsstellen in seinen Kitas 2012 von zwanzig auf acht reduziert. Die Stellen richten sich primär an Quereinsteigerinnen und Quereinsteiger, die eine Ausbildung auf Niveau Höhere Fachschule (HF) anstreben und vorgängig ein Praktikum absolvieren müssen. Dies im Unterschied zu Schulabgängerinnen und Schulabgängern, die eine Lehre als Fachfrau bzw. Fachmann Kinderbetreuung machen möchten, wofür im Berufsbildungsgesetz kein Praktikum mehr vorgesehen ist. Um den Wegfall der Praktikantinnen und Praktikanten zu kompensieren, wurden verschiedene organisatorische Anpassungen vorgenommen. Unter anderem können die Kitas zur Überbrückung von Engpässen nun auf einen Pool von Springerinnen und Springern zurückgreifen.

Quereinsteigerinnen nehmen Ausbildung in Angriff

Seit Sommer 2012 können sich im Kanton Zürich auch Quereinsteigerinnen und Quereinsteiger zur Kindererzieherin bzw. zum Kindererzieher HF ausbilden lassen. Im Geschäftsbereich Kinderbetreuung haben im Berichtsjahr drei Quereinsteigerinnen ihre Ausbildungsstellen angetreten. Die bisherigen Erfahrungen sind positiv. Für die Kitas bedeutet der

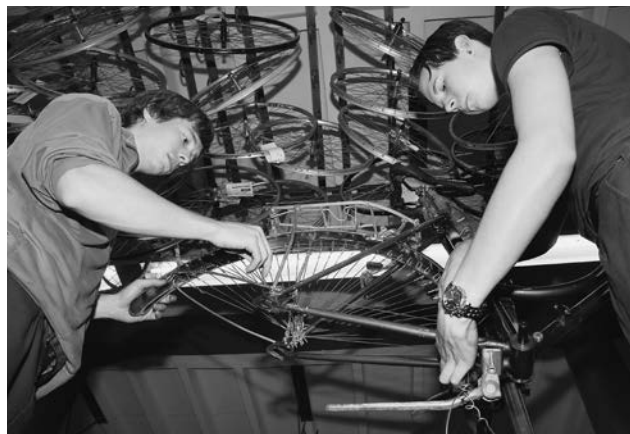


Weniger Praktika, dafür mehr Ausbildungsstellen für Quereinsteigende: So begegnen die städtischen Kitas neuen Herausforderungen. (Foto: Martin Vogel)

Einbezug dieser neuen Gruppe von Auszubildenden zwar eine Herausforderung, denn erwachsene Quereinsteigende müssen anders angeleitet werden und fügen sich anders ins Team ein als jugendliche Lernende. Die Quereinsteigerinnen stellen dank ihrer Lebens- und Berufserfahrung jedoch eine Bereicherung für die Kitas dar. Mit der Förderung von Quereinsteigern will der Geschäftsbereich Kinderbetreuung zudem einen Beitrag zur Bekämpfung des Personalmangels im Kinderbetreuungsbereich leisten. In den städtischen Kitas sollen mittelfristig elf Ausbildungsplätze für Quereinsteigende zur Verfügung stehen.

Zwei Jubiläen in der Arbeitsintegration

2012 haben gleich zwei Betriebe des Geschäftsbereichs Arbeitsintegration Jubiläum gefeiert: Die Velowerkstatt an der Badenerstrasse blickte auf 20, das Atelier Blasio in Wollishofen auf 25 Jahre Bestehen zurück. Beide Betriebe waren ursprünglich als Jugendprogramme gegründet worden, beschäftigen heute aber auch erwachsene Sozialhilfebeziehende und Menschen mit Behinderung. Die Produktpaletten wurden in den vergangenen Jahren ebenfalls erweitert. So hat die Velowerkstatt beispielsweise 2011 die Versteigerung der von Entsorgung und Recycling Zürich (ERZ) eingesammelten Velos übernommen, und das Atelier Blasio, das in der Öffentlichkeit



Seit zwanzig Jahren schlägt die Velowerkstatt für ihre Klientinnen und Klienten Brücken in den ersten Arbeitsmarkt. (Foto: Brigitte Richi)

vor allem durch seine bunten Spielobjekte aus Blachenmaterial bekannt geworden ist, näht seit 2012 auch Taschen für die Firma Freitag.

Erfreuliche Entwicklung der Vermittlungsquoten

Die Vermittlungsquoten bei den Teillohnstellen und bei der Gemeinnützigen Arbeit haben sich in den letzten beiden Jahren erfreulich entwickelt. Fanden 2010 im Teillohn erst 22 %, in der Gemeinnützigen Arbeit 20 % der Austretenden eine Stelle, so waren es 2011 bereits 31 % bzw. 27 % und 2012 30 %

bzw. 33 %. Die Zahlen widerspiegeln den nach wie vor robusten Arbeitsmarkt in der Schweiz, aber auch die konsequente Fokussierung auf die berufliche Integration, die sowohl in den städtischen Arbeitsintegrationsbetrieben als auch in der Zusammenarbeit mit externen Einsatzbetrieben oberstes Ziel ist. Die 2012 eingeführten jährlichen Standortbestimmungsgespräche mit den Fallführenden der SOD tragen ebenso zu den höheren Vermittlungserfolgen bei wie die fachliche Unterstützung durch die Fachdienste Arbeitsintegration in den Bereichen Stellenvermittlung und Bildung und Förderung.

4.6.3 Spezifische Kennzahlen

Wohnen und Obdach

Plätze	Messgrösse	2008	2009	2010	2011	2012
Notschlafstelle	Bett	52	52	52	52	52
Nachtpension	Bett	–	–	–	20	20
Begleitetes Wohnen	Einzelzimmer	341	364	361	355	342
Betreutes Wohnen	Einzelzimmer	36	19	19	45	47
Familienherbergen	Zimmer	41	41	44	54	58
Werk- und Wohnhaus zur Weid	Bett	55	63	70	70	70
Jugendwohngruppen	Einzelzimmer	51	39	28	28	28
Notwohnungen	Wohnung	285	334	317	220	193

Wohnen und Obdach

Aufenthaltstage / Übernachtungen	2008	2009	2010	2011	2012
Notschlafstelle	10529	14219	15451	12490	12982
Nachtpension	–	–	–	4659	5491
Begleitetes Wohnen	115057	118736	116256	118403	109935
Betreutes Wohnen	9696	6085	6755	14488	15425
Familienherbergen	19015	26459	26627	40609	44741
Werk- und Wohnhaus zur Weid	19740	20103	23454	24608	24631
Jugendwohngruppen	16001	10692	8730	9615	8295
Notwohnungen	323960	335129	229415	181018	153422

Sucht und Drogen

Plätze		2008	2009	2010	2011	2012
Kontakt- und Anlaufstellen	in Aufenthaltsräumen	124	124	124	126	129
	in Injektionsräumen	26	26	25	24	23
	in Rauchräumen	32	32	34	37	40
Treffpunkte city und t-alk		72	72	72	72	72
Frauenberatung Flora Dora	im Bus	7	7	7	7	7
Polikliniken Crossline und Lifeline	diaphin- (heroin-), methadon- und subutex-gestützte Behandlung	166	166	166	180	180

Sucht und Drogen

Gassenpräsenz	Messgrössen	2008	2009	2010	2011	2012
sip züri	Soziale Interventionen ¹	12 754	17 064	–	–	–
	Medizinische Interventionen	3 915	5 510	–	–	–
	Ordnungsdienstliche Interventionen	6 638	10 843	–	–	–
	Übrige	5 519	5 191	–	–	–
	Interventionen Erwachsene ²	–	–	33 120	27 029	25 953
	Interventionen Jugendliche ³	–	–	17 191	13 268	6 066
	Präsenzstunden Gasse	2 021	3 522	8 129	8 830	8 838
Jugendberatung Streetwork	Präsenzstunden Gasse	4 155	3 855	1 899	1 915	1 996
Frauenberatung Flora Dora	Präsenzstunden Gasse	1 011	1 370	1 808	1 387	1 741

Definitionen:

¹ Eine Intervention hat zum Ziel, die soziale Integration, den Gesundheitszustand oder die subjektive Sicherheit zu erhalten bzw. zu verbessern.

² Im Umfeld der Kontakt- und Anlaufstellen wird gegenüber 2011 eine leichte Zunahme der Interventionen festgestellt. Dem steht eine Abnahme der Interventionen im öffentlichen Raum der restlichen Stadt gegenüber. Die Klientinnen und Klienten verteilen sich in kleineren Gruppen auf mehr Plätze und verhalten sich weniger störend.

³ Die deutlichen Abnahme der Interventionen bei Jugendlichen bildet die aktuelle Entspannung im Kontext Jugendgewalt ab. Der HB Zürich ist 2012 kein Hotspot mehr. Das Landesmuseum ist infolge der Vorbereitungsarbeiten für den Erweiterungsbau fast inaktiv und 2012 für die Jugendlichen kein attraktiver Treffpunkt mehr. Die Jugendlichen treffen sich dezentraler, und ihr Verhalten ist weniger störend.

Sucht und Drogen

Jobkarte	Messgrössen	2008	2009	2010	2011	2012
Tages- und Kurzeinsätze	Stunden/Jahr	106 076	130 247	146 733	139 980	142 161
Teilnehmende	Personen	583	645	671	669	682

Kinderbetreuung

Plätze	2008	2009	2010	2011	2012
Verbund Artergut ¹	79	80	81	78	77
Verbund Entlisberg ²	114	121	123	123	123
Verbund Schwamendingen ³	71	71	72	72	72

Definitionen:

¹ Umfasst Kinderhaus Artergut, Kindertagesstätten In Böden und Käferhaus; Platzreduktion per 1.8.2011 durch Umwandlung von Kleinkinderplätzen in betreuungsintensivere Säuglingsplätze.

² Umfasst Kinderhaus Entlisberg, Kindertagesstätten Paradies und Selnau; ab 2008 werden die Hortplätze in der Statistik des Schul- und Sportdepartements ausgewiesen.

³ Umfasst Kinderhaus Schwamendingen, Kindertagesstätten Herbstweg und Mattenhof.

Kinderbetreuung

Betreute Kinder ¹	2008	2009	2010	2011	2012
Verbund Artergut	126	126	123	119	122
Verbund Entlisberg	190	198	199	186	170
Verbund Schwamendingen	81	79	85	98	95

Definition:

¹ Seit 2010 wird die Zahl der betreuten Kinder per Stichtag 31. Dezember ausgewiesen.

Arbeitsintegration

Plätze	2008	2009	2010	2011	2012
Basisbeschäftigung	178	144	121	128	124
Teillohn	414	426	480	513	505
Qualifikation	107	114	53	49	43
Back to School	–	–	8	9	9
Gemeinnützige Arbeit	148	182	195	167	164
Angebote für Jugendliche und junge Erwachsene	98	89	90	88	88
Dauerarbeitsplätze und Berufliche Massnahmen IV	76	62	60	72	74

Arbeitsintegration

Teilnehmende	2008	2009	2010	2011	2012
Basisbeschäftigung	2 139	1 730	1 447	1 339	1 334
Teillohn	617	601	793	797	791
Qualifikation	396	291	135	128	120
Back to School	–	–	29	37	35
Gemeinnützige Arbeit	231	258	294	248	268
Angebote für Jugendliche und junge Erwachsene	264	243	254	233	216
Dauerarbeitsplätze und Berufliche Massnahmen IV	141	130	130	140	125
Personalvermittlung und Bewerbungscoaching	104	93	119	121	163

Arbeitsintegration

Vermittlungserfolge ¹	2008	2009	2010	2011	2012
Teillohn	26	24	23	31	30
Qualifikation	50	48	47	44	22
Gemeinnützige Arbeit	27	19	15	27	33
Angebote für Jugendliche und junge Erwachsene	51	61	59	71	54
Personalvermittlung und Bewerbungscoaching	56	56	48	50	43

Definition:

¹ In Prozent der ausgetretenen Teilnehmenden.